

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich zweimal außer an Sonn- und Festtagen, mit dem Inhalt des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Zeemannstraße 50**, nach die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1.60**. Monatlich **53 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4089 z. S. 4. Jahre 6

Der **22.** eingezahlte Betrag für die vierspaltige Beilage oder deren Raum **15 Pfg.** für Personalaus- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, answärtige Anzeigen **20 Pfg.** Retzars für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 71.

Mittwoch, den 25. März 1903.

10. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Reichstagswahlbewegung

hat im ganzen Reiche kräftig eingesetzt. Noch ist zwar der Wahltag nicht ausgeschrieben, allein es darf als sicher gelten, daß die Entscheidung im Juni fallen wird.

Die Sozialdemokratie war, wie immer, mit ihren Vorbereitungen am frühesten von allen Parteien fertig. Sie hat fast überall ihre Kandidaten schon ernannt, in ihren Organisationen herrscht ein reges Leben, ihre Presse kann fast an allen Orten einen erfreulichen Zuwachs verzeichnen.

Die eigentliche Wahlagitatio hat zwar schon begonnen, sie wird jedoch erst in den nächsten Wochen ihre Höhe erreichen. Von der Ueberzeugung aber ist die ganze Partei erfüllt: Mit rastlosem Eifer, mit Ausbuchtung aller Kräfte, alles Opferwilliges muß gearbeitet werden, damit namentlich hinsichtlich der Stimmziffern ein imponantes Ergebnis erzielt wird.

Schon auch sammeln sich ringsum die Feinde. In vielen Kreisen haben die Gegner ein mehr oder minder verschämtes „Ordnungsartikel“ geschlossen, und vom männlichen Freisinn bis zum Bund der Landwirthe, bis zu dem Stockfunkerthum richtet sich die Phalar der Gegner gegen das werththätige Volk, steht die „heilige Allianz“ der Ausbeutung der Arme der arbeitenden Klassen gegenüber.

Nieder mit der Sozialdemokratie! heißt der laute und der heimliche Schlachtruf der Reaktion, und selten hat das werththätige Volk, haben die Gegner aller Reaktion vor wichtigeren, vor mehr folgenschweren Entscheidungen gestanden, als in diesem Wahlkampfe.

Nachhaltig aber, wirksam und erfolgverheißend kann die Schlacht nur geschlagen werden durch die Mithilfe der besten, der immer schneidigen Waffe:

der Presse.

Die Presse zu stärken, ihr noch mehr Einfluß zu sichern, ihr mehr Abonnenten, mehr Leser zu verschaffen, das ist wohl eine der wichtigsten Aufgaben der zum Kampf Bereiten. Das! gesprochene Wort verweht, das gedruckte Wort der sozialdemokratischen Presse kommt ein unerbittlicher, ein unermüdlicher Mahner Tag für Tag. In den Wirrungen des Wahlkampfes ist die sozialdemokratische Presse eine sichere Führerin. Sie enthält die Pläne der Reaktion, sie vertritt das Recht der Unterdrückten, sie weist an der Hand des sozialdemokratischen Programms den richtigen Pfad zum Siege.

Für unsere alte Hansestadt hat der

„Lübecker Volksbote“

diese Aufgabe übernommen, und er wird sich bemühen, auch fernerhin, und namentlich im kommenden Gefechte, seinen Mann zu stehen.

Aber Kosten hieße Kosten erst Recht auf dem Gebiete des Befreiungskampfes für die Unterdrückten, auf dem Felde des Krieges gegen die Reaktion, gegen die Ausbeutung in jeder Form. Und an den Freunden der Gerechtigkeit und Wahrheit ist es, durch eifrige Agitation für ihr Blatt die Sache zu fördern und zu stärken, der es dient.

Der „Lübecker Volksbote“ ist ein Organ der sozialdemokratischen Partei, das eigenste Organ der Arbeiter selbst. Aber wie die Arbeiterbewegung die Kulturbewegung unserer Zeit ist, so hat ihr Organ nie außer Acht gelassen, unter dem unablässigen Kampfe für die wirtschaftliche und soziale Befreiung der Massen, der Förderung der Kulturaufgaben mit hingebendem Ernste zu dienen.

In erhöhtem Maße noch kann das geschehen, wenn der Leserkreis, wenn die Abonnentenziffer des Blattes weiter in so erfreulichem Maße wächst wie bisher.

Und wenn wir die Freunde unserer Sache nun auffordern, mit allen Kräften, mit stürmischer Entschiedenheit am bevorstehenden Quartalswechsel für ihr Blatt zu wirken, so hat diese Aufforderung mit gewinnbringenden, mit geschäftsmäßigen Absichten nichts zu thun.

Der Gewinn, der materielle wie der ideelle, gehört der Partei, und wer für ihr Organ wirbt und agitirt, arbeitet für sich und die Sache, der wir Alle ergeben sind.

Redaktion und Verlag des „Lübecker Volksbote“.

Für das zweite Quartal oder Monat April nehmen

alle Postämter, alle Zeitungsaussträgerinnen Bestellungen auf den „Lübecker Volksbote“ entgegen. Der Abonnementspreis stellt sich für Lübeck, frei in's Haus gebracht, monatlich auf 53 Pfg., vierteljährlich auf 1,60 Mk.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.

Berlin, den 23. März 1903.

Der Reichstag that am Montag wieder Schnellarbeit. Das Haus war ziemlich gut besetzt; auch auf den Tribünen hatte sich allerlei Publikum eingefunden; die Diplomatenloge wurde vollständig von der Familie Oertel ausgefüllt; der Agrarierredakteur hatte neben seiner Frau Gemahlin Platz genommen, die an erfreulicher Körperfülle mit ihrem Geligelbsten weiterfert. — Der Präsident eröffnete die Sitzung mit einem Nachruf auf den verstorbenen Zentrumsabgeordneten von Heeremann. Und nun kamen die „dritten Lesungen“, zuerst die des Kinderschutzgesetzes. Die Genossen Wurm und Mollenhuth legten noch einmal die grundsätzlichen Einwände dar, die unsere Fraktion nicht gegen das Gesetz als solches, wohl aber gegen seine Mängel von Anfang an erhoben hat, speziell gegen die Umirung der Landwirtschaft von den Bestimmungen des Gesetzes, sowie gegen die neue Verlichterung, die Graf Bernstorff zu Gunsten der Kleinrentner in Städten unter 20 000 Einwohnern in das Gesetz gebracht hat. Trotzdem stimmte unsere Fraktion in Anbetracht der unläugbaren Fortschritte, die das Gesetz bringt, in der Schlussabstimmung für dasselbe, während einige konservative ihren Unmut über die bescheidene Einschränkung der Kinderausbeutung durch ein vernünftiges Verbot an den Tag legten. Darauf kam die dritte Lesung des Stats an die Reihe. Die Generaldebatte war ungewöhnlich kurz; es sprach nur Dr. Spahn vom Zentrum, völlig regierungströmend, total offiziös; die Englanddebatte wurde mit väterlicher Milde getadelt und dem Senat von Lübeck ein leichter Rosenüber verabreicht, weil er sich gegen die Aufhebung des Paragraphen 2 des Jesuitengesetzes erklärt habe. — Von den einzelnen Stats wurde der des Reichstages und des Reichskanzlers debattelos erledigt. Sehr rasch passierten auch die Stats des Auswärtigen und der Kolonien: Herr Dr. Haffe hielt einige unbeantwortete Monologe über Buren und über Schneidigkeit. — Lebhafter, stellenweise sehr lebhaft wurde dagegen die Sache beim Etat des Innern. Es war schon interessant, daß auf Wassermanns höfliche Anfrage Graf Posadowsky mit dem Eingekindeten herausrückte, daß die Vorlage betr. die kaufmännischen Schiedsgerichte in dieser Session nicht mehr das Tageslicht des Reichstages schauen werde, weil hoher Bundesrath über die Frage, ob Angliederung an die Amtsgerichte, ob Angliederung an die Amtsgerichte, sich noch nicht hat einig werden können. Genosse Singer nagelte dies Eingekindete fest und rügte, daß der Bundesrath dem im Handelsgewerbe so zahlreich vertretenen weiblichen Element kein Wahlrecht zu den projektirten Sondergerichten einräumen will. — Und nun kam das Ereignis des Tages: die exemplarische Züchtigung, die der verlassene Postkaffee, Bauerngutsbesitzer und Scheiterhaufenbrieffsteller Adolf Stöcker von unseren Genossen Singer und Bebel bezog. Bebel stellte fest, daß nur bodenlose Unkenntnis oder ungläubliche Frivolität die Behauptung wagen kann, die Herr Stöcker vorzubringen sich nicht entblödet hat, daß er, Bebel, sich von der Beichtigung des Meineids nicht gereinigt habe, die der Polizeipolizeikommandant Schumann gegen ihn vorgebracht hat. Auf diesen genannten Polizeipolizeikommandant und — auf seine Beziehungen zu Herrn Stöcker fielen dabei derartige Schlaglichter, daß die wilde Erregung, in die der theure Gottesmann und zweite Luther gerieth, einigermaßen begreiflich erscheint. Kein Mensch im ganzen Hause erhob sich zur Verteidigung des Postkaffees, der sich unter den moralischen Peitschenhieben wand, die hagelartig auf Adolfs des Frommen, an solche Behandlung allerdings seit Alters gewohnten Rücken herabhausten. — Zum Stat des Reichsamts des Innern und der von ihm reflektirenden Aemter brachten die Genossen Sasse, Horn, Wurm, Zubeil, Dr. Südekum eine Anzahl sozialpolitischer Beschwerden vor: über die Lage der Wärmers, Celluloid- und Glasarbeiter, über die Wurmkrankheiten der Bergarbeiter, die Ausbeutung der Kurrendekinder und die Unterstützung antisozialer Wohnvereine, wie z. B. in Dresden, aus Staatsmitteln. — Die bürgerlichen Parteien schwiegen sich zumeist aus; der Versuch des Antisemiten Werner, durch heftiges Schelten auf die Konjunkturvereine und sogar auf die von der Rechten sonst protegirten Kaufmannsklassen eine Mittelstandsdebatte herauszubekommen, fiel platt auf den Boden. — Beim Militäretat geißelten die Genossen Schmidt-Frankfurt und Peus eine Reihe grober Mißhandlungsfälle und Schimpfreden, wie sie gutem Vernehmen nach in unserem herrlichen Kriegsheer von Zeit zu Zeit vorkommen sollen. Peus rügte mit gutem Humor auch das politische Inquisitionsystem, wie es mit übrigens furchtbarer Ungeschicklichkeit in der Armee geübt wird. Genosse Zubeil ergänzte seine neulichen Ausführungen über Mißstände in den Spandauer Militärwerkstätten und nahm sich den „schlichten Mann aus der Werkstatt“ Pauli-Potsdam vor, der in heller Wuth über Zubeils Ausführungen den Deckel seines Pulkes mit seinen schlichten Säulen bearbeitete. — Fast debattelos wurde der Marineetat erledigt. Am Dienstag hofft man mit dem ganzen Etat fertig zu werden.

29. Sitzung. Vormittags 10 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf Posadowsky. Präsident Graf Ballestrem theilt mit, daß der Abgeordnete Freiherr v. Heeremann (Z.), Vizepräsident des preussischen Abgeordnetenhauses, am Morgen gestorben und rühmt die parlamentarische Thätigkeit Heeremanns. Die Mitglieder hören den Nachruf stehend mit an.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Berathung des Kinderschutzgesetzes.

In der Generaldiskussion debattiert Wurm (SD.), daß das Gesetz den Kinderschutz nicht auf die Landwirtschaft ausdehnt. Öffentlich veranstaltet die Regierung bald eine Enquete über die Kinderarbeit in der Landwirtschaft, die mit Vorsicht aufgenommen werden muß. Vor allen Dingen ist es nothwendig, daß die Namen der Lehrer, die Mittheilungen über die landwirtschaftliche Beschäftigung ihrer Schulkinder machen, nicht denjenigen angegeben werden, von denen sie abhängig sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Regierungen haben wenigstens die moralische Verpflichtung, den Unfug der Güte- oder Halbtagschulen endlich zu beseitigen. Redner bedauert weiter, daß das Gesetz einen Unterschied macht zwischen eigenen und fremden Kindern, erklärt aber im Namen seiner Fraktion, daß sie für das Gesetz stimmen würde, da es mit dem alten Grundsatz bricht, daß die Gesetzgebung vor der Familie Halt zu machen habe. (Beif. bei den Soz.)

In der Spezialberathung werden die §§ 1—14 ohne Debatte angenommen.

§ 15 verbietet die Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren und Mädchen im Betriebe von Gast- und Schankwirtschaften bei der Bedienung von Gästen. Eigene Kinder über 12 Jahre dürfen nicht zwischen 8 Uhr Abends und 8 Uhr Morgens beschäftigt werden.

Graf v. Bernstorff-Lauenburg (AB.) beantragt, hinzuzufügen: Die untere Verwaltungsbehörde ist befugt, nach Anhörung der Schulaufsichtsbehörde an Orten unter 20 000 Einwohnern für Betriebe, in denen in der Regel zur Familie des Arbeitgebers gehörige Personen beschäftigt werden, Auswärtiger zuzulassen, und in der Schlussbestimmung statt „eigene Kinder über 12 Jahren“ „eigene Kinder über 10 Jahren“ zu setzen.

Trimborn (Z.) und Hoffmann-Dillenburg (AL.) treten für den Antrag Bernstorff ein.

Mollenhuth (SD.) wendet sich gegen diesen Antrag, da gar kein Grund vorliegt, für Ortschaften unter 20 000 Einwohnern besondere Ausnahmebestimmungen zu schaffen. Zu diesen Orten gehören viele Vororte der großen Städte, die wie Blankenese bei Hamburg fast aus lauter Wirtschaften bestehen. Die Polizeibehörden würden von den Ausnahmebestimmungen den weitestgehenden Gebrauch zu Gunsten der Schankwirthe machen. Dadurch würde der Schutz der Kinder in bedenklicher Weise gefährdet werden. (Beif. Zustimmung bei den Soz.)

Bei der Abstimmung wird § 15 mit dem Antrage Bernstorff angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

In der Gesamtstimmung wird dann das Gesetz gegen die Stimmen einiger konservativer Abgeordneter angenommen.

(Reichskanzler Graf Bülow tritt den Saal in Begleitung des Freiherrn v. Rittshofen, Schatzsekretärs v. Thielmann und anderer Staatssekretäre.)

Es folgt die 3. Berathung des Stats.

In der Diskussion betont Dr. Spahn (Z.), daß auch seine Partei den Dreibund für nöthig halte. Der Herr Abgeordnete Dr. Gradnauer hat darin Recht, daß das Verhältnis der Völker zu einander im Wesentlichen durch ihre wirtschaftlichen Beziehungen bestimmt wird. Wir haben gar keinen Anlaß zu irgendwelchen Exzerzieren, insbesondere auch nicht zu einem besonderen Englandhaß. Redner verbreitet sich alsdann über die Bureaucratie und bittet den Abg. Schwarz, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die freie Hansestadt Lübeck ihren Widerspruch gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes aufbehalte. (Beif. bei den Soz.) Redner geht alsdann noch auf den Trierer Schulstreit ein. (Bravo im Zentrum.)

Damit schließt die Generaldiskussion.

Es folgt die Spezialberathung der einzelnen Stats.

Die Stats des Reichstages und des Reichskanzlers werden debattelos bewilligt, ebenso der Stat des Auswärtigen und der Kolonien, nachdem

Haffe (AL.) Schneidigkeit gegen England und Begünstigung der Bureaucratie in Deutsch-Südwestafrika verlangt hat.

Sodann wird der Stat für Nicaragua bewilligt. Beim Stat des Reichsamts des Innern fragt Wassermann (AL.), wie es mit dem Gesetzentwurf betr. die kaufmännischen Schiedsgerichte stehe.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Es scheint unmöglich, den Gesetzentwurf noch in dieser Tagung Ihnen vorzulegen. (Gürt!) Der Bundesrath hat sich über die Frage, ob Angliederung an die Amtsgerichte, ob Angliederung an die Amtsgerichte, noch nicht schlüssig gemacht. Das Bestreben, auch die Konkurrenzklause der Kompetenz dieser Schiedsgerichte zu unterwerfen, ist als bedauerlich zu bezeichnen.

Singer (SD.): Gerade auf dem Gebiet der Konkurrenzklause bestehen, wie Verhandlungen in diesem Hause beweisen, die schamlosesten Ausbeutungspraktiken (S. Wasserh. d. Soziald.). Die Handlungsgesellschaften verlangen mit Recht, daß die Konkurrenzklause der Kompetenz der Schieds-

gerichte unterworfen wird. Für die Nothwendigkeit, das im kaufmännischen Beruf so zahlreich beschäftigte weibliche Geschlecht in den Gerichten zu vertreten, scheint keine Stimmung und kein Verständnis im Bundesrath vorhanden. Es liegt nicht an der Geschäftsfrage des Hauses, sondern ausschließlich am Bundesrath, daß dies so nothwendige Gesetz in dieser Tagung nicht zur Verabschiedung gelangt. (Weißl. b. d. Soz.)

Nach einer kurzen Bemerkung des Staatssekretärs Graf Posa dowsky ergreift das Wort

Bebel (SD.): Am 20. Februar d. J. äußerte der Abg. Stöcker in Bezug auf meine Person: „Herr Bebel ist von dem bekannten Schweizer Schumann, aber auch von sehr vielen anderen, wegen Meineids öffentlich angeklagt; kümmern Sie (zu den Soziald.) sich um Herrn Bebels Meineid und nicht um meine Wahrheitsliebe“. Später äußerte Herr Stöcker: „In öffentlichen Flugblättern ist Herr Bebel eines Meineids beschuldigt worden. Deshalb sage ich: Sehen Sie zu, daß Herrn Bebels Meineid klargestellt wird. Ich habe den Muth gehabt, darüber in Königsberg zu klagen, warten Sie den Prozeß ab und lassen Sie Herrn Bebel denselben Muth haben!“ — Nach meiner Auffassung hat mich Herr Stöcker zunächst direkt des Meineids bezichtigt, dann allerdings Abschwächungen hinzugefügt, der Art, daß die Sache noch unklar sei usw. Es war merkwürdig, daß er von dem bekannten Schweizer Schumann sprach, obwohl er doch genau wußte, daß es sich um Normann-Schumann alias Mac Hunt oder Dr. Mund handelte. Herr Stöcker und Herr Normann-Schumann sind intime Bekannte (Hört! Hört! b. d. Soz.) noch von den bekannten Zusammenkünften beim Grafen Waldersee her. — Es ist richtig, daß dieser Normann-Schumann eine Denunziation bezw. eine öffentliche Anklage gegen mich gerichtet hat, und zwar auf den Flugblättern, die Herr Stöcker erwähnt. Das eine Flugblatt stammt vom 11. Oktober 1897, das andere aus dem Jahre 1901. Es ist außerordentlich wichtig, warum es sich bei der ganzen Sache gehandelt hat. — Redner geht ausführlich auf die Geschichte der Prozesse Ledert-Lüchow und Lüchow-Lausch ein. In dem letzteren Prozeß wurde zur Sprache gebracht, daß der Polizeiamt Normann-Schumann in französischen Blättern, speziell im „Memorial diplomatique“ Aufsehen erregende Artikel mit schweren Beleidigungen gegen den Kaiser, Graf Caprivi, v. Marschall, v. Holstein, v. Lucanus usw. veröffentlicht hatte. In diesen Artikeln waren auch militärische Mittheilungen derart gemacht, daß Fürst Bismarck als Reichskanzler zweifellos Anklage wegen Landes- und Hochverrath erhoben hätte. Meine beschworene Zeugenanklage in jenem Prozesse gab Herrn Normann-Schumann Veranlassung, eine Denunziation wegen Meineids gegen mich, Herrn v. Marschall und Legationsrath Dr. Samann einzureichen. Ob die anderen Herren vernommen worden sind, weiß ich nicht; ich jedenfalls wurde sofort vernommen; es wäre ja auch ein zu schönes Dresse für die Staatsanwaltschaft gewesen, hätte sie mich in die Finger bekommen. (Heiterl. b. d. Soz.) Es blieb aber nicht der geringste Schatten eines Verdachtes auf mich haften. Ich brachte einen so zwingenden Beweis, daß Normann-Schumann der Verfasser jener Artikel war, daß nicht gegen mich wegen Meineids, sondern gegen Normann-Schumann wegen Majestätsbeleidigung Klage erhoben wurde. (Hört, hört! b. d. Soz.) Am 1. Dez. 1897 theilte mir der Exce Staatsanwalt am Landgericht II mit, daß er die Anzeige Normann-Schumann als unbegründet zurückgewiesen habe. Natürlich habe ich diese Zurückweisung damals auch in die Öffentlichkeit gebracht; nur Herr Stöcker weiß davon nichts. — In der Verhandlung wegen Majestätsbeleidigung hat sich Herr Normann-Schumann nicht gestellt, was ich ihm weiter nicht verdante. Interessant ist aber, daß er sich zuletzt noch im Oktober v. J. in Berlin aufstellte, ohne daß ihm ein Haar gekrümmt wurde. (Hört, hört! b. d. Soz.) Bei der Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals war er mit ungläublicher Unbefangenheit in der Nähe der „allerhöchsten Herrschaften“; ich bin selbst in Kiel Augen- und Ohrenzeuge gewesen, wie er sich mit der allergrößten Indiscretion darüber äußerte. In seiner Zeugenanklage im Lauscherprozeß machte der Staatsminister Frhr. v. Marschall über Normann-Schumann u. a. folgende Angaben: „Von Paris wurde uns mitgetheilt, daß die Artikel mit der schweren Beleidigungen gegen den Kaiser usw. aus Berlin herrühren. Das war für uns ein demüthigendes Gefühl. Als wir von der politischen Polizei eine Untersuchung verlangten, mer die Artikel geschrieben hätte, da hat die politische Polizei diesen Herrn Normann-Schumann beauftragt (Lebhafte Rufe: Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), also denselben Herrn, der die Artikel geschrieben hatte. Das Auswärtige Amt sah sich schließlich genöthigt, die Beziehung zur politischen Polizei abzufragen.“ (Hört, hört! bei den Soz.) In seiner Zeugenanklage theilte Herr von Marschall weiter mit, daß in einem Bericht aus dem Reichsamt des General Normann-Schumann als „Schwindler und Hochverräter allerhöchster Sorte“ bezeichnet in der in Deutschland, Italien und Griechenland Quellen von Verbrechen hinerlassen habe. „Ginen solchen Menschen“, fährt Herr v. Marschall fort, „zum Vertrauensmann der Polizei zu haben, das ist doch eigentlich eine Unwahrheit in sich.“ Der Meinung sind wir allerdings auch. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Und dieser Mann ist Vertrauensmann des Herrn Stöcker. — Ich habe gar keinen Grund, auf weitere Erörterungen hier einzugehen. Die vorgelegten Thatsachen beweisen, daß von einem Meineid gar keine Rede sein kann. (Lebh. Bravo! b. d. Soz.)

Sachse (SD.) und Sächsischer Geheimrath Fischer halten ihre einander entgegengelegten Ausführungen aufrecht, die sie bei der zweiten Lesung über die sächsische Berginspektion gegeben haben.

Stöcker (wildtom.): Nicht ich habe in jener Sitzung — wie mir der Präsident beantragte — Herrn Bebel verdächtigt, sondern ich bin von einem Genossen des Herrn Bebel verdächtigt worden. Ich habe ausdrücklich von dem „bekannten“ Normann-Schumann gesprochen. (Widerstand und Lachen bei den Soz.) Was soll denn das Lachen; am Rachen erkennt man — den Sozialdemokraten (Mache b. d. Soz.) Ich begreife Herrn Bebels Entrüstung gar nicht; als im vorigen Jahre der Kriegsminister dieselbe Sache vorbrachte und die Flugblätter sehr gravirend nannte, da hat Herr Bebel geschwiegen. (Abg. Bebel meldet sich zum Wort.) — Herr Bebel sagt, der Staatsanwalt habe ihn völlig entlastet. Dasselbe ist schon seit 1885 mit mir der Fall. Ich habe also, daß die Herren in Zukunft die alten Behuldigungen gegen meine Person nicht wieder vorbringen.

Bebel (SD.): Wie mir mitgetheilt wird, lag bei Herrn Stöckers Meineidsklage die Sache so, daß der Staatsanwalt erklärte, es läge Meineid vor, aber der Dolus fehle. Für mich ist entscheidend, daß Herr Stöcker wissen mußte, daß mich nicht einmal der Verdacht eines Meineids lag. Den Herr Stöcker als meinen „Freund“ bezeichnet, was ich nicht; jedenfalls hat Stöcker sehr häufig mit Normann-Schumann verkehrt und ist mit ihm bei Waldersee zusammengekommen. Herr Stöcker hat lediglich von dem Schweizer Schumann gesprochen und hat auf den Zusatz: „Das ist ja der Normann-Schumann!“ nicht reagiert. Das

den Kriegsminister betrifft, so hat derselbe damals allerdings auf die Schweizer Flugblätter hingewiesen. Ich war damals durch unausschiebbare Geschäfte verhindert, an der Verhandlung theilzunehmen. Mein Freund Dr. Gradnauer hat aber, was Herr Stöcker wissen könnte, mit Entschiedenheit die Angriffe des Kriegsministers zurückgewiesen. Ich bin einmal mit Normann-Schumann persönlich in Zehlendorf zusammengekommen; ein Freund sagte mir, da wäre ein Mann draußen mit Normann-Schumann, was der alles erzähle, wäre geradezu unglücklich. Da ich schon früher wußte, daß es einen Polizeiamt Schumann in Zehlendorf gäbe, so war es mir nicht uninteressant, diesen Menschen einmal selbst kennen zu lernen. Er hat zwar alles in Abrede gestellt, was damals verhandelt worden ist, aber es konnte durch Zeugen die volle Wahrheit vor Gericht konstatiert werden. Nachdem dies alles festgestellt wäre jeder anständige Mensch aufgetreten und hätte gesagt ich bedauere, was ich gesagt und nehme alles zurück. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Freilich, von einem Stöcker kann man das nicht verlangen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Stöcker: Herr Bebel hat also Herrn Normann-Schumann sogar aufgeführt. (Lautes Gelächter b. d. Soz.) Er ist also mehr sein Freund als ich. (Erneutes höhnisches Gelächter b. d. Soz.) Herr Normann-Schumann behauptet sogar, ein paar Aufträge für den „Vorwärts“ geschrieben zu haben. Ich möchte wohl wissen, ob das wahr ist.

Singer (SD.): Laut stenographischem Bericht hat Herr Stöcker am 18. Februar 1903 auf einen Zuruf von unserer, vielleicht von meiner Seite in Bezug auf Normann-Schumann gesagt: „Mein Freund ist er nicht, Herr Singer, aber soviel ist er immer noch werth, wie Sie.“ Dieser Ausspruch kontrastirt merkwürdig mit der Versicherung des Herrn Stöcker, daß er Normann-Schumann nicht gekannt habe. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Dazu gehört die ganze Dreistigkeit des Herrn Stöcker. (Lebh. Zust. b. d. Soz.)

Stöcker: Dinge von so grenzenloser Unverschämtheit, wie sie Herr Singer im Parlament sagt, sind bei einem Manne dieses Landes und von unseren sittlichen Anschauungen nicht möglich. (Dröhnendes Hohngelächter b. d. Soz.)

Bebel: Wenn Herr Stöcker noch von sittlichen Anschauungen redet, so wird das ganze deutsche Volk bis auf einen ganz kleinen Bruchtheil in ein homerisches Gelächter ausbrechen! (Lebh. Zust. b. d. Soz.)

Vizepräsident Graf Stolberg bezeichnet den vom Abg. Singer gebrauchten Ausdruck „Dreistigkeit“ und den vom Abg. Stöcker gebrauchten Ausdruck „Unverschämtheit“ als parlamentarisch unzulässig.

Stöcker: Es giebt zwei Völker in Deutschland, das sozialdemokratische Volk und das Volk, zu dem ich gehöre. Darum kümmert mich das, was dies Volk (zu den Sozialdemokraten) sagt, gar nichts! (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Singer (SD.): Wenn Herr Stöcker einen Mann, wie den Polizeispitzel Normann-Schumann, dessen Majestätsbeleidigungen allerdings eine gewisse Nützlichkeit mit dem Scheiterhaufenbrief haben, (Sehr richtig! b. d. Soz.) als sittlich höher stehend denn mich bezeichnet, so zeugt das eben nur von dem Grad der Verworfenheit, den Herr Stöcker für sich in Anspruch nimmt. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Wegen dieses unparlamentarischen Ausdrucks rufe ich Sie zur Ordnung!

Singer: Aber richtig ist er doch!

Stöcker: Herr Singer hat von einem Gefühl des Mißtrauens gegenüber gesprochen. Das ist mir lieber, als wenn die Herren Neigung für mich empfänden. (Gelächter bei den Soz.) Ich werde jetzt auf diese Personalien nicht weiter antworten. (Zuruf b. d. Soz.: Das glauben wir Ihnen! Weil Sie nicht können!)

Dr. Südekum (SD.) führt Beschwerde darüber, daß dem Dresdener Bau- und Sparverein Gelder aus dem Reichsdonors für Wohnungsfürsorge zu billigen Zinsen zur Verfügung gestellt werden. Der Verein verfolgt unter der Leitung des Anrichters Dr. Becker konjunktive Parteizwecke, berücksichtigt ausschließlich die Unternehmerinteressen und kann durchaus nicht als gemeinnützig, muß vielmehr als antinotzial bezeichnet werden. Der Staatssekretär sollte sich die zu unterstützenden Vereine genau ansehen und ihre Statuten dem Reichstag zugänglich machen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Staatssekretär Graf Posa dowsky bezeichnet das Eingreifen in die innere Wirksamkeit einer Genossenschaft als sehr bedenklich.

Burm (SD.) fordert strengere Beaufsichtigung der feuergefährlichen Cellulose- und der gesundheitschädlichen Marmorindustrie, zumal die Unternehmer oft die einschärfsten Vorschriften des Antrabes und der Menschlichkeit außer Acht lassen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Berner (N.) bekämpft die Konsumvereine und die Raiffeisenschen Darlehnskassen, die in der letzteren Zeit ebenfalls eine bedenkliche mittelstandsfeindliche Erweiterung erfahren hätten.

Gorn (SD.) rügt die Mißstände in der Glasindustrie und den Druck, den z. B. die Firma Siemens in Dresden ausübe, welche ihre Arbeiter nöthigt, unerschrocken zu bezugehen, daß ihnen das Koalitionsrecht nicht begehrt werde. Ich habe den Arbeitern gerathen, zu unterzeichnen und sich nicht aus Furcht werfen zu lassen. Darnach können Sie den Werth solcher Kundgebungen ermeßen. (Lebh. Zust. b. d. Soz.)

Sächsl. Bundesrathsbevollmächtigter Dr. Fischer erklärt, daß die Fregierung sich nicht in die Verhältnisse der Frauen mit ihren Arbeitern einmische.

Zubeil (SD.) stellt fest, daß seine Angaben über die Ausbeutung der sturende-Künder völlig der Wahrheit entsprechen. (Lebh. Zust. b. d. Soz.)

Damit schließt die Diskussion über den Titel „Staatssekretär“.

Beim Kapitel „Gesundheitsamt“ protestirt Brömel (N.) gegen die Verdächtigungen des Stürmer-Beinhandels durch den Abg. Lude.

Sachse (SD.) befürwortet die von ihm beantragte Resolution, der im Fuhrerzevier bereits bestehenden Kommission zur Bekämpfung der Barmkrankheit wissenschaftliche Kräfte und Mittel vom Reichszweigen zur Verfügung zu stellen. (Lebh. Zust. b. d. Soz.)

Franke (N.) spricht gegen den Antrag Sachse. Der Etat des Reichsamts des Innern wird bewilligt.

Dem Militäretat polemisiert Generalleutnant v. Lippelskirch gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Südekum am 9. März d. J. über die Behandlung geistig nicht normaler Soldaten.

Zeuss (SD.) erzählt einen Fall, wie ein Hauptmann einen um Urlaub bittenden Landwehmann nach seiner politischen Gesinnung und nach der Abstammung bei der letzten Reichswahl gefragt habe. Der Mann antwortete, er habe gar keine politische Meinung und habe nationalliberal gewählt: das war wenigstens logisch; denn

wer keine politische Meinung hat, der wählt nationalliberal. (Stimm. Heiterkeit.) — Eben derselbe Hauptmann pflegt seine Untergebenen mit „Hallunken, gemeine Jungen, Faulengern“ usw. zu titulieren. Solches Verfahren muß den Leuten den letzten Rest von Patriotismus austreiben und selbst anständige Offiziere empören und der Sozialdemokratie näher bringen. Der Erlaß des Kriegsministers, der den Soldaten die Kundgebung sozialdemokratischer Gesinnung verbietet, muß zurückgenommen werden. (Lebh. Zust. b. d. Soz.)

Schmidt = Frankfurt (SD.) bringt den Fall des Musikleiters Max Wolfgang in Frankfurt a. M. zur Sprache, der von seinen Kameraden trotz guter Führung derartig mißhandelt worden ist, daß er tuberkulös wurde und in eine Irrenanstalt überführt werden mußte. Nachher ist der Mann entlassen worden; die Militärbehörde hat aber die Bezahlung der Kosten dem Vater überlassen. Mit der Entlassung müßte in solchen Fällen wenigstens solange gewartet werden, bis sich entscheidet, wie lange die Krankheit dauert. (Bravo! b. d. Soz.)

Damit schließt die allgemeine Diskussion.

Ein Antrag Büsing auf Wiederherstellung der gestrichenen 9 Militärgerichtsschreiber wird gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Konservativen abgelehnt.

Abg. Zubeil (SD.) ergänzt seine neulichen Ausführungen über die Spandauer Werkstatt-Verhältnisse. Die Lohnabzüge haben in der letzten Zeit immer mehr zugenommen, die Zahl der Entlassungen ist weit größer, als Herr v. Einem zugeben wollte. Die in den Militärverhältnissen üblichen Verletzungen aus einer Lohnklasse in die andere gegen den Willen der Arbeiter könnten in keinem Privatbetrieb vorkommen. Die längst nöthig gewordene Verabstufung der Arbeitszeit auf 9 resp. 8 Stunden hätte die Arbeiterentlassungen überflüssig gemacht. Nach einem mir gestern zugegangenen Schreiben sollen die lange in den Betrieben beschäftigten Arbeiter von nun an nur 2,20 Mk. statt 2,50 Mk. — 2,60 Mk. bekommen; auch soll die Zahl der Arbeiterinnen von 20 auf 5 reduziert werden. — Herr Kollege Pauli-Potsdam (Heiterl.) hat mit der ihm eigenen Doppelsinnigkeit in einer Versammlung erklärt, er werde niemals für einen sozialdemokratischen Antrag stimmen, auch wenn er gut sei; (Abg. Pauli schlägt wiederholt mit der Faust auf den Tisch) in einer anderen Versammlung dagegen erklärte er, er bedauere, in diesem Punkte nicht mit der Sozialdemokratie zusammen gehen zu können. Wir unsererseits verzichten auf die Unterstützung unserer Anträge seitens des Abg. Pauli. Unsere Kritik hat wenigstens soweit genügt, daß Herr v. Einem in der Audienz am vorigen Sonnabend sich zu bestimmten Konzeptionen an die Spandauer Arbeiter hat bereit erklären müssen. (Weißl. b. d. Soz.)

Generalmajor v. Einem. Ich bin mir über den Seelenzustand des Herrn Zubeil noch immer nicht klar (Heiterkeit). Einmal sagte er in ruhrender Bescheidenheit, er sei mit der Debatte ganz zufrieden und dann wieder behauptet er, seine Kritik hätte mich veranlaßt, bestimmte Verbesserungen zu treffen. Uns treibt lediglich unsere Pflicht vorwärts. Man könnte Herrn Zubeil auf Grund der vielen falschen Mittheilungen, die er hier nach der „Lanterne“ verbricht, zum „Chef des falschen Nachrichtenbureaus“ ernennen. (Heiterkeit.)

Pauli = Potsdam (N.): Ich habe nie den Blödsinn ausgesprochen, daß ich nie für einen sozialdemokratischen Antrag stimmen würde. Redner verliest ein Dankschreiben der Betriebsarbeiter Spandaus.

Zubeil (SD.): Der Seelenzustand des Herrn v. Einem ist mir ganz klar. Er ist derjenige, wie ihn der fechtische Militarismus mit sich bringt. (Lachen rechts). Herr v. Einem sollte selbst das Maas von Bescheidenheit üben, das er mir anempfiehlt. Ich will auch mit einem Zitat aus Wallenstein antworten. (Gr. Heiterkeit.) Die Herren Generale und Kommandanten, die sich so dick hier zusammen fanden, sind nicht für die Langeweile her bemüht, sondern zu ernster Arbeit. (Bravo b. d. Soz.)

Der Militäretat wird hierauf genehmigt, ebenso nach kurzer unwesentlicher Debatte der Marineetat.

Darauf verlag das Haus die Weiterberathung auf Dienstag 1 Uhr.

Schluß 5 1/4 Uhr.

Politische Handzettel.

Deutschland.

Die Sicherung des Wahlgeheimnisses. Früher, als zu erwarten war, ist dem Reichstage der Gesetzentwurf betr. Sicherung des Wahlgeheimnisses zugegangen. Zunächst setzt der Gesetzentwurf als Zeit der Wahlhandlung die Zeit von 10 Uhr Vormittags bis 7 Uhr Nachmittags (bisher bloß bis 6 Uhr) fest. Die wichtigsten weiteren Bestimmungen der Vorlage sind folgende: Die Stimmzettel müssen von weißem Papier sein und dürfen mit keinem Kennzeichen versehen sein. Sie sollen 9 zu 12 Zentimeter groß und von mittelstarkem Schreibpapier sein und sind vom Wähler in einem mit amtlichem Stempel versehenen Umschlag, der sonst kein Kennzeichen haben darf, zu stecken. Die Umschläge sollen 12 zu 15 Zentimeter groß und aus undurchsichtigem Papier hergestellt sein; sie sind in der erforderlichen Zahl bereit zu halten. Es ist entweder durch Bereitstellung eines oder mehrerer Nebenräume, die nur durch das Wahllokal betretbar und unmittelbar mit ihm verbunden sind, oder durch Vorrichtungen an einem oder mehreren von dem Vorstandstisch getrennten Nebentischen Vorsorge dafür zu treffen, daß der Wähler seinen Stimmzettel un beobachtet in den Umschlag zu legen vermag. Der Wähler, welcher seine Stimme abgeben will, nimmt von einer durch den Wahlvorstand in der Nähe des Zuganges zu dem Nebenraum oder Nebentisch aufzustellenden Person einen abgestempelten Umschlag an sich; er begiebt sich sodann in den Nebenraum oder an den Nebentisch, wo er seinen Stimmzettel un beobachtet in den Umschlag steckt, tritt an den Vorstandstisch, nennt seinen Namen sowie auch seine Wohnung und übergibt, sobald der Protokollführer den Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, den Umschlag mit dem Stimmzettel dem Wahlvorsteher oder dessen Vertreter, welcher ihn sofort uneröffnet in die Wahlurne legt. Wähler, welche durch körperliche Gebrechen verhindert sind, ihre Stimmzettel

eigenhändig in den Umschlag zu legen oder diesen dem Wahlvorsteher zu übergeben, dürfen sich der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen. Stimmzettel, welche die Wähler in einem nicht abgestempelten Umschlag, oder welche sie in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag abgeben wollen, hat der Wahlvorsteher zurückzuweisen, ebenso die Stimmzettel solcher Wähler, welche sich in den Nebenraum oder an den Nebentisch nicht begeben haben. Der Wahlvorsteher hat darauf zu halten, daß die Wähler in dem Nebenraum oder an dem Nebentisch nur so lange verweilen, als unbedingt erforderlich ist, um den Stimmzettel in den Umschlag zu thun. — Wie diese Inhaltzusage des Befehlswortes zeigt, gedenkt man die Isolierung des Wählers ohne besondere Isolirräume durchzuführen. Wie das möglich sein soll, scheinen nur die Väter des Befehlswortes zu wissen. Oder sollte die Aufgabe der besonderen Isolirräume das Kompromiß zwischen Regierung und Konserverativen darstellen?

Die Behandlung von Preßfängern in preussischen Gefängnissen ist, wie die „Breslauer Volksrecht“ zuverlässig erfahren will, neuerdings durch ministerielle Verfügung für das ganze preussische Staatsgebiet „geregelt“ und daher wenigstens in manchen Strafanstalten gegenüber dem bisherigen Zustande in etwas gebessert worden. So darf dem gefangenen Redakteur die Selbstbeschäftigung mit geistigen Arbeiten nach freier Wahl nicht versagt werden, wenn er die dafür als Entschädigung für den Ausfall an seiner Arbeitskraft der Strafanstalt zu zahlenden Kosten trägt. Ebenso ist er nicht zur Reinigung seiner Zelle zu verpflichteter, wann er die hierfür festgesetzte, an die Verwaltung der Strafanstalt zu zahlende geringe Entschädigung bezahlt. Der tägliche Spaziergang auf dem Gefängnishofe soll nicht mehr in Gesellschaft anderer Strafanstaltsinsassen erfolgen müssen. Auch kann dem gefangenen Preßfänger das Halten einer Tageszeitung gestattet werden. — Diese Verfügung, deren Bestätigung noch abzuwarten bleibt, erfüllt zwar noch lange nicht das, was in der Behandlung gefangener Redakteure gerechtere Weise gefordert werden müßte, aber trotzdem ist sie als Abschlagszahlung zu begrüßen.

Herr, der Dalles ist groß! Für die ersten elf Monate des laufenden Finanzjahres beläuft sich die bisherige Einnahme aus Zöllen und indirekten Steuern auf 745,8 Millionen Mark oder 25 Millionen Mark weniger als im gleichen Zeitraume des Vorjahres. Das ganze Rechnungsjahr 1902 wird für die Reichskasse wie für die Einzelstaaten schlecht abschneiden.

Noch einmal Normann-Schumann. Zur Charakteristik des aus dem Taufspruch bekannten und auch jüngst im Reichstage wieder erwähnten Normann-Schumann hat eine Verhandlung gegen den „Vorwärts“ neues Material geliefert. Der „Vorwärts“ hatte an die unrichtige Notiz, daß Normann-Schumann aus der Schweiz ausgewiesen sei, eine Kritik geknüpft, durch die sich Normann-Schumann beleidigt fühlte. Obwohl er noch heute wegen Majestätsbeleidigung Redaktionsverfolgung wird, schenkte Normann-Schumann von Luzern aus Klage an, und das Berliner Schöffengericht verurtheilte den Redakteur des „Vorwärts“, Genossen Leid, zu 50 Mark Geldstrafe. In der Berufungsverhandlung vor der 8. Strafkammer machte Leid eine für das Treiben Normann-Schumanns bezeichnende Mittheilung. Er führte an: Daß Schumann noch bis in die jüngste Zeit hinein sein Spitzelgewerbe betrieben hat, gehe zur Evidenz aus den Akten des Beleidigungsprozesses hervor, den Schumann jr. Pt. gegen den Redakteur der „Frankfurter Oberzeitung“ angestrengt habe. Bei den Akten in diesem Prozeß befindet sich ein Schriftsatz Schumanns, in welchem dieser behauptete, er glaube die handschriftlichen Beweise dafür erbringen zu können, daß nicht er, sondern der Feldmarschall Graf Waldersee der Verfasser jener majestätsbeleidigenden Artikel im „Memorial Diplomatique“ und der „Libre Parole“ sowie der in der „Saale-Zeitung“ sei, die den Sturz des Reichskanzlers v. Caprivi herbeiführen sollten. Aus derartigen Behauptungen Schumanns gehe doch zur Genüge hervor, wie wenig Veranlassung solch ein Mann habe, sich als den Beleidigten hinzustellen. Das Gericht war indessen der Ansicht, daß diese Schumann'sche Behauptung zur Beurtheilung der vorliegenden Sache nicht von Belang sei und verwarf deshalb die Berufung. — Eine nähere Begründung soll im schriftlichen Urtheil erfolgen.

Kleine politische Nachrichten. Gegenüber den Angaben, daß als Wahltermin der 9. Juni bestimmt sein soll, erfährt die „Nationalztg.“, daß darüber noch keine Beschlußfassung erfolgt sei. — Wegen Majestätsbeleidigung ist nach dem „Lektomer Kreisbl.“ Genosse Zubeil zur Anzeige gebracht worden. Die Neuherungen sollen enthalten sein in einer Rede, die Zubeil vor einigen Wochen in Versammlungen in Wannsee und Lektow hielt. — Zwei Anarchisten, die zahlreiche anarchistische Flugblätter bei sich führten, sind nach der „Berl. Neuest. Nachr.“ am Sonntag in der Bergarbeiterkolonie Neumühl bei Köln verhaftet worden. — Die Revolution in Uruguay ist bereits beendet. Sonntag wurde offiziell Frieden geschlossen, ohne daß Blutvergießen stattgefunden hat. Die Lage der Parteien ist im wesentlichen dieselbe wie vor Ausbruch der Feindseligkeiten. Die Befriedigung über den Friedensschluß in Montevideo ist allgemein.

Schweden.
Der Nothstand in Schweden oder genauer in der schwedischen Provinz Norland war Sonnabend der Gegenstand einer Interpellation. Der Ackerbauminister beantwortete sie in der zweiten Kammer. Erforderlich sind 7 1/2 Millionen Kronen, um den durch Futtermangel entstandenen Schaden zu decken. Der Minister erklärte, die Regierung habe eine Unterstützung aus dem Unterstützungsfonds bewilligt. Durch private Hilfe und aus den notleidenden Kreisen durch sei über eine Million Kronen eingegangen. Infolge der letzten Nachrichten halte die Regierung aber eine weitere Unterstützung durch etwa eine Million Kronen

für erforderlich. Davon seien 100 000 Kronen durch Schenkung des Amerikaners, Dr. Klopisch bereits aufgebracht. Ueber die Bewilligung einer weiteren Staatsunterstützung und deren eventuelle Höhe könne er noch nichts sagen. — Vor kurzem war der Regierung in der Kammer mit Recht ein Vorwurf daraus gemacht worden, daß sie um einer immerhin geringfügigen Summe willen das Mitleid des Auslandes anrufe. 7 1/2 Millionen Kronen sollte Schweden doch wohl noch aus eigener Kraft aufbringen können.

Oesterreich-Ungarn.
In der sozialdemokratischen Volksversammlung, die, wie schon angekündigt, am Sonntag Nachmittag auf dem Freiheitplatz vor dem Parlamentsgebäude in Budapest stattfand, nahmen, nach polizeilicher Schätzung, 20 000 Personen theil. Nachdem eine energische Resolution gegen die Wehrvorlagen angenommen worden war, enthielt ein Redner die Umtriebe der Klerikalen und Jesuiten in Ungarn sowie das Treiben in den Küstern, was eine unter flürmischem Jubel in der Volksversammlung erschienene Nonne bestätigte. Die Versammlung verließ vollständig ruhig. Abends fanden an verschiedenen Punkten der Stadt Versammlungen statt, doch wurde nirgends die Ruhe gestört.

Amerika.
Castro's Rücktritt. Eine überraschende Kunde kommt aus Caracas. Am Sonnabend hat Castro plötzlich die Präsidentschaft von Venezuela niedergelegt und diese Entscheidung dem zur Zeit verammelten Kongresse offiziell mitgetheilt. Da die Opposition sich in bewaffnetem Widerstande gegen Castro befindet, so besteht der Kongreß nur aus blindlings ergabenen Kreaturen des Mannes. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, wenn der Kongreß die Demission Castros einstimmig ablehnte. Das ist in einer Nachsitzung vom Sonnabend zum Sonntage geschehen und nun gehen die weiteren Mittheilungen auseinander: Während eine Wolff'sche Drahtung behauptet, Castro habe es abgelehnt, seine Demission zurückzuziehen, meldet das „Bureau Herald“, man glaube, daß Castro nach wie vor im Amte bleiben werde. Um beurtheilen zu können, welche Nachricht zutrifft, müßte man die Gründe für den plötzlichen Rücktritt Castros kennen. Da das aber bis jetzt noch nicht der Fall ist, bleiben nähere Nachrichten abzuwarten. Vorläufig hat der Vizepräsident, den geschlichen Bestimmungen gemäß, die Staatsgeschäfte übernommen. Das Land ist ruhig.

Nachricht aus Hamburg

Dienstag, den 24. März.

Surreal! Der Wismarschandidat ist da! In einer am Sonntag Mittag abgehaltenen kombinirten Vorstandssitzung des Reichvereins und der freisinnigen Volkspartei soll der Oberlehrer Professor Dr. Baethke als gemeinsamer Kandidat aufgestellt worden sein. Man will auch alles versuchen, um die Nationalsozialen mit in diesen Bund der Getreuen hineinzuziehen. — Es ist also schließlich doch noch gelungen, den Ritter aus der Noth zu finden. Wie schwer es gehalten hat, diesen ausfindig zu machen, ersieht man aus den verschiedenen sehnsüchtigen Versuchen und jener daraus, daß man nunmehr auf das Bürgerschaftsmitglied Professor Dr. Baethke, der sich selbst im Bürgerthum keiner allzu großen Sympathien erfreut, gekommen ist. Na, wer's mag, da mag! Bemerkenswerth ist die Thatsache, daß die Meldung von der Aufstellung der gemeinsamen Kandidaten noch in kein hiesiges Blatt übergegangen ist, trotzdem der „Samb. Korresp.“ dieselbe bereits bringt. Scheut sich die hiesige bürgerliche Presse vielleicht, dem Bürgerthum diesen Kandidaten zu präsentieren oder will man die Qualen des Herrn Professors und seiner Durchfallskandidaten etwas abkürzen?

Zur Beachtung für Steinarbeiter! Unter dieser Stichmarke berichteten wir vor einigen Tagen, daß der Verdacht bestände, die Köhler'schen Granitwerke in Meßene, aus denen bekanntlich gestreift wird, ließen ihre Steine auswärts bearbeiten. Es sollen auch bereits Steine nach Lübeck abgegangen sein. Wie uns nun von zuverlässiger Stelle mitgetheilt wird, handelte es sich bei dieser Sendung nicht um zu bearbeitende Steine, sondern nur um Rohmaterialien.

Zahlung von Fahrradabgabe. Die nach dem Gesetz vom 18. März 1899, betreffend die Herstellung und Unterhaltung von Radfahrwegen, jährlich im voraus zu entrichtende Fahrradabgabe ist für das Jahr — 1. April 1903 bis 31. März 1904 — ist in der Zeit vom 1. bis 15. April d. J. an den Werttagen täglich Vormittags von 9 bis 1 Uhr und Nachmittags von 3 bis 5 Uhr an der Kasse des Polizeiamts zu zahlen. Die Abgabe wird jedoch schon jetzt in den vorerwähnten Geschäftsstunden entgegen genommen. Entwaige Anträge auf Ermäßigung der Abgabe auf 3 Mt. sind ebendasselbe zu stellen unter Vorlegung des für das Jahr geltenden Einkommensteuerzettels.

Parteisossen!

Erwerbt das Bürgerrecht!

Selbstmord eines Liebespaares in Schwartau. Am Sonnabend Nachmittag zwischen 5 und 6 Uhr machten zwischen den Stationen Waldhalle und Dänischburg beim Bahnübergang über die Schwartau zwei junge Menschen kinder ihrem Leben ein Ende, nachdem ihrer schwierigen Verbindung unüberwindliche Hindernisse und Schwierigkeiten entgegenstanden. Am Sonnabend um die gedachte Zeit bemerkte ein Arbeiter und das Personal des die Brücke passirenden Zuges, daß sich ein Herr und eine Dame in die Schwartau stürzten, nachdem vorher 2 Schüsse gefallen waren. Die sofort benachrichtigte Polizei ließ die Schwartau absperrn und hier fand man denn auch am späten Abend die beiden Leichen. Die Leiche des Mädchens zeigte eine nicht lebensgefährliche Schußwunde am Kopf, während die Leiche des Mannes tieferen Wunden aufwies. Die angestellten Ermittlungen ergaben nun, daß es sich um den 23jährigen Bankbeamten Kraese und einer 21jährigen Verkäuferin, beide aus Hamburg, handelte. Dieselben waren mit dem Zuge nach hier gekommen und hatten sich unter dem Namen Krause und Frau in Behrens' Hotel einquartirt. Das Paar scheint, wie erzählt wird, die Absicht gehabt zu haben, sich in den hiesigen Wallanlagen das Leben zu nehmen. Hier ist es ihnen jedoch wohl zu lebhaft gewesen. Die Lübecker Polizei ist am Sonnabend Nachmittag von der Hamburger Polizei von dem Verschwinden der Beiden in Kenntniß gesetzt worden. Wie verlautet, sollen die Leichen nach Hamburg überführt werden.

In einer beträchtlichen Einnahmestelle für die Staatskassen läßt sich die Erbschaftsteuer gestalten. Dieselbe hat den Vorzug, daß sie hauptsächlich diejenigen trifft, welche die Härte des Kampfes ums Dasein nicht allzuschwer empfinden. Leider aber haben sich die einzelnen Staaten noch nicht zu einer stärkeren Heranziehung der Erben entschließen können und auch in Lübeck ist wenig Aussicht vorhanden, daß die Steuerschnüffelungskommission diesen Weg betreten wird. Dahingegen hat man jetzt in unserer Schwesterstadt Hamburg zur Deckung der Schulden neben einer etwas höheren Besteuerung der großen Einkommen die Erbschaften wieder stärker herangezogen. In der Fassung vom 2. März 1903 bestimmt das hamburgische Erbschaftsteuergesetz, daß jeder Erwerb von Todes wegen der Steuer unterliegt, wenn der Erblasser seinen letzten Wohnsitz im hamburgischen Staatsgebiete gehabt hat, die hamburgischen Grundstücke jedoch sämmtlich. Die Erbschaftsteuer beträgt 2 pCt. für Kinder, 4 pCt. für Enkel, für Schwieger- und Stiefkinder, 6 pCt. für Geschwister, Eltern und Großeltern, angenommene Kinder und deren Abkömmlinge und für Adoptiveltern, 8 pCt. für Seitenverwandte im dritten Grade, 10 pCt. für alle übrigen Erben, auch für juristische Personen. Für Erbschaften von über 50 000 Mark wird hinfort ein Zuschlag zu diesen Sätzen erhoben, der bei Werthen zwischen 50 000 und 100 000 Mark 10 pCt. ausmacht, für je 100 000 Mark weiter um 10 pCt. steigt und für Erbschaften im Werthe von über 900 000 Mark 100 pCt. beträgt. Infolgedessen haben bei Millionenerbschaften entfernte Verwandte 1/3 der Erbschaft an den hamburgischen Staat abzugeben. Befreit von der Erbschaftsteuer sind in Hamburg die Ehegatten, wohlthätige oder gemeinnützige Stiftungen, für Kleider, Wäsche, Betten, Haus- und Küchengeräth die direkten Nachkommen, ferner die Verwandten für Erbschaften bis 5000 Mark und Minderjährige oder erwerbsunfähige Kinder bis 10 000 Mt., alle übrigen Personen für Erbschaften bis 500 Mark und eventuell (traue Diensthoten pp.) bis 1000 Mt. — Mit diesem Erbschaftsteuergesetz ist wenigstens einmal etwas Vernünftiges geschaffen worden. Hoffentlich nimmt man sich bei uns hieran ein Vorbild.

Zug von Arbeitern nach der Herrn Lohmann in Lübeck gehörenden Tabakfabrik in Sternberg i. M. ist streng fernzuhalten, da L. wegen einer geringen Mehrforderung 60 Arbeiter ausgesperrt hat. Kein Arbeiter darf seinen Arbeitsbrüdern in Sternberg in den Rücken fallen!

pb. Raubdiebstahl. Ein Grünwarenhändler brachte zur Anzeige, daß ihm Sonnabend Nachmittag aus seiner Ladentafel etwa 25 Mt. gestohlen seien.

Die Weiterversicherung der jungen Ehefrauen bei der Invalidenversicherung ist unsererseits schon verschiedentlich empfohlen worden. Bekanntlich ist nun die Frist, innerhalb welcher weibliche Versicherte, die eine Ehe eingehen, die Hälfte der für sie vor Eingehung der Ehe geleisteten, mindestens 200 Wochen umfassenden Beiträge erstattet verlangen können, durch das neue Gesetz auf 12 Monate verlängert worden. Diese Verlängerung ist um so erfreulicher, als damit auch die Bedenkzeit eine längere geworden ist. Die Beistelligen können die Frage eingehend prüfen und sich vor Augen führen, daß mit der Eingaangnahme der Beitragshälfte der Austritt aus der Versicherung verbunden ist und damit jeder Anspruch auf eine Invalidenrente, deren die Ausgeschiedene auch im Ehe- oder Wittwenstande immerhin bedürftig werden kann, verloren geht, während die Weiterversicherung durch jährliche Verwendung von nur 10 Beitragsmarken selbst der geringsten Lohnklasse zu beschaffen ist. Eine solche freiwillige Fortsetzung der Versicherung sichert nicht nur den Anspruch auf Invalidenrente und gegebenenfalls auch auf Altersrente, sondern unter Umständen auch in Krankheitsfällen die Aussicht auf Uebernahme des Heilverfahrens seitens der Versicherungsanstalt. Mit Bezugnahme hierauf veröffentlicht der Vorstand der Anstalt Hannover, daß einer im Juli 1899 verheiratheten Versicherten, welche auf die Anzahlung der bereits angewiesenen Beitragshälfte von 46 Mark nachträglich verzichtete, im Januar 1903 eine jährliche Rente von 151,50 Mark bewilligt worden ist, weil gegen Ende des Jahres 1902 bei der weiterlebenden Frau mehrere schwere Leiden sich einstellten, welche dauernde Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatten. Es werden daher mindestens weibliche Versicherte mit nicht ganz fester Gesundheit wohlthun, während der jetzt verlängerten Entscheidungsdauer den Rückempfang der Beitragshälfte einer sorgfältigen Erwägung zu unterziehen.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Entlader der Mauersteinhülle in Kiel stellten Montag Vormittag die Arbeit ein. Sie bezogen bisher einen Löhlohn von 25 Pfg. pro Mille und verlangen jetzt 27 1/2 Pfg. pro Mille. Die Forderungen der Arbeiter wurden von den Arbeitgebern abgelehnt. Die gefamanten Löhlarbeiten bei den Schiffen ruhen.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Ein Hamburger Jurist schnitt sich mit einem Messer über die Kehle und feuerte dann aus einem Revolver 4 Schüsse auf sich ab. Der Tod trat sofort ein. Das Motiv ist unbekannt. — Bei seiner Verfolgung fand in Hamburg ein Gelegenheitsarbeiter, der einen Sautschiffer einen Schlag versetzt hatte, dadurch seinen Tod, daß er beim Ueberpringen einer Planke in ein tiefes Kellerloch stürzte und hierbei tödtliche Verletzungen erlitt.

Flensburg. Bergeliche „Lieber“ mühe. Eine Anzahl tüchtiger Glasmacher schüttelten den Staub Flensburgs von ihren Pantoffeln und siedelten nach England über, da bei den meisten der die Glashütte verlassenden Arbeiter seitens des Direktors Sommerfeld dafür gesorgt wird, daß diese in Deutschland keine Arbeit mehr erhalten. Bis ins Ausland reicht die Macht des berüchtigten Arbeitsnachweises der deutschen Glasindustriellen aber noch nicht, daher versucht Sommerfeld auf privatem Wege nachzuhalten. So theilte er nach unserem Kieler Parteigänger dem Geschäftsführer der englischen Glashütte in North Woolwich mit, daß die Anknüpfung Sozialdemokraten seien und keine Flaschen machen könnten. Diesen Brief zeigte der englische Direktor den angekommenen Glasmachern und bemerkte dazu, wenn in Flensburg noch mehr derartige Arbeitskräfte wären, wie sie, so könnte Sommerfeld noch eine Anzahl nachsenden. Um die politische Meinung seiner Arbeiter kümmern ersich nicht, denn sie beschäftigen keine Sklaven. Vielleicht lernt die Hüttenverwaltung aus diesen Worten, wenn sie überhaupt noch einer derartigen Belehrung zugänglich ist. Auch manche Lübecker Arbeitergeber könnten hieraus eine Lehre ziehen, wenn sie nur wollten! Aber...

Bremerhaven. Ein Scharfmacher sieg. Aus Bremerhaven kommt die Nachricht, daß dort bis Montag Mittag 1100 Kohlen- und Ladungsarbeiter aus dem Hafenarbeiterverbande ausgetreten sind, um sich den nach Anordnung des Norddeutschen Lloyd neu gebildeten, aus Nichtmitgliedern des Hafenarbeiterverbandes bestehenden Gängen anzuschließen und der zu errichtenden Pensions-

Letzte Nachrichten.

Gleitw. Vom elektrischen Strom getödtet. Auf der Friedenshütte gerieth der Zimmermann Klotz bei der Arbeit an elektrische Leitungsdrähte und wurde sofort getödtet.

Berlin. Das „Blumenmedium“ vor Gericht. Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II begann Montag der Prozeß gegen das sog. Blumenmedium Frau Rothe wegen vollendeten Betruges in 61 und versuchten Betruges in 9 Fällen, begangen durch spiritistische Vorstellungen.

Karlsruhe. Erdbeben. Sonntag früh kurz nach 6 Uhr und Mittags kurz nach 2 Uhr wurden zwei ziemlich heftige Erdstöße verspürt. Nach verschiedenen Mittheilungen war der Stoß in den Kirchen durch Bewegungen der Bänke besonders bemerkbar. Auch in den pfälzischen Ortschaften Würth, Stadel, Hagenbach und Jockgrim wurden Sonntag Morgen um 6 Uhr gewaltige Erdstöße, begleitet von einem mächtigen unterirdischen Rollen wahrgenommen. Zimmergeräthe zitterten, Schränke flogen auf und Geschirr fiel zu Boden. Die Leute eilten bestürzt auf die Straße. In Südrheinland, namentlich in den Städten Laxemburg, Forst und Alz les Bains wurden Sonntag Nachmittag ebenfalls drei kurze Erdstöße verspürt.

Marienbad. Eisenbahnunglück. In der Nacht zum Sonntag stieß der von Pilsen kommende Personenzug bei der Einfahrt in die hiesige Station auf einen Theil des vorzeitig ausfahrenden Karlsbader Zuges auf. Der

Zugführer des erstgenannten Zuges wurde getödtet. Außerdem wurden 7 Personen, unter ihnen beide Lokomotivführer und ein Schaffner, leicht verletzt.

New-York. Die Vulkane Mont Pelée (Martinique) und Soufrière (St. Vincent) zeigen neuerdings wieder eine lebhaftere Thätigkeit.

Briefkasten.

F. B. Sie müssen erst in aller Form des Rechts kündigt werden, da seit dem Verlehen des Bürgerlichen Gesetzbuches der Grundsatz gilt: Kauf bricht nicht Miethe.

**Parteigenossen!
Gedenkt des Wahlfonds!**

Streuhaus-Viehmarkt.

Gamburg, 23. März
Der Schweinehandel verlief ruhig.
Zugeführt wurden 320 Stüd. Preis: Sengschweine — Mt., Verlandschweine, schwere 50—52 Mt., leichte 49—50 Mt., Sauen 42—48 Mt. und Ferkel 46—49 Mt. pro 100 Pfund.

lasse beizutreten. Sämmtliche übergetretenen Arbeiter mußten sich durch ihre Unterschrift verpflichten, dem Hafenarbeiterverbande nicht mehr anzugehören und die Quittungsbücher des Hafenarbeiterverbandes abzuliefern. — In diesem „Sieg“ wird der Norddeutsche Lloyd keine Freude erleben. Nicht der Lloyd ist der Sieger, sondern die Arbeiter haben durch ihre geradezu bewundernswürdige Disziplin einen Sieg über die unerhörteste Provokation zum Streik, die je vorgekommen ist, errungen. Der Lloyd wollte den Streik, er brauchte ihn aus Urlassen, über die das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Die Arbeiter haben dem Lloyd diesen Gefallen nicht getan. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Wenn die Lloydarbeiter sich heute zähneknirschend in das Joch beugten, so wird die Zeit kommen, wo sie dieses verhasste Joch mit Hohnlachen dem Lloyd vor die Füße werfen. — Weiter wurden nach gemeldet: In einer am Sonnabend in Bremen stattgehabten Versammlung der an der Unterweser belegenen Werften sowie sonstiger industrieller Unternehmungen, wurde beschlossen, vom 1. Mai dieses Jahres ab Arbeitssnachweisbüreaus in Bremen, Bremerhaven und Begelesand zu errichten. Von den Betrieben neu anzustellende Arbeiter werden von diesem Zeitpunkte ab nur noch durch Vermittlung dieser Nachweisbüreaus angenommen werden. Ferner wurden gemeinsame Maßregeln für den Fall des Ausbruches von Streikbewegungen in den beteiligten Betrieben vereinbart. Auch dieses Schmarfackartikel wird den Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung nicht aufhalten!

Durch die glückliche Geburt einer kräftigen Tochter wurden erfreut
F. Evers u. Frau, geb. Stegemann.
Stofelsdorf.

Die Geburt eines gesunden Knaben zeigen hoch erfreut an
Johann Borchert und Frau,
Johanna, geb. Jäuner.

Montag Abend 11³ Uhr entlichief sanft nach kurzem aber schwerem Leiden meine liebe Frau und meiner Kinder treusorgende Mutter
Mathilde Claussen
geb. Greve

im Alter von 31 Jahren.
Sief betrauert von mir, den Kindern und allen Angehörigen.
Heinr. Claussen.

Die Beerdigung findet am Freitag den 27. März 1903, Vormittags 10 Uhr, von der Kapelle Burgthor aus statt. Beginn der Feier 9³ Uhr
Unserm Freund **Th. Käselau** ein douerndes Hoch zu seinem heiligen Geburtstag.
D. S. A. R.

Für die Unterstützung vom Deutschen Metallarbeiterverband sage hiermit meinen besten Dank.
Friedrich Erbe.

Zum 1. Juli oder sofort die freundl. I. und 2. Etage, 3 Zimmer und Zubehör
Kottwitzstraße 34.

Zum 1. Juli eine Wohnung zu vermieten, Miethe 120 Mt.
Ziegelstraße 116.

Zum 1. April ist wegen Verzug des jetzigen Miethers noch die 1. Et. Wapphofstr. 29 zu verm. Näheres daselbst oder Schönbofenerstraße 18 a.

Eine Wohnung von 100—130 Mk. wird von einer pünktlichen Miethzahlerin mit 2 Kindern zum 1. Mai oder Juni zu mieten gesucht.
Off. n. K. L. 4 an die Exped. d. Bl.

Zu sofort ein junger Mann von 15—20 Jahren, der melken kann, nach dem Lande. Gute Kost und Behandlung bei hohem Lohn. Näheres Steinackerweg 9 c.

Gef. ein Knecht zur Landarbeit zu sofort oder 1. Mai
J. Schöss,
Bärtner, Lorneweg, Burgthor.

Gesucht zu Otern ein Tabakspinner-Lehrling und eine Arbeiterin.
E. Wienecke, Johannstraße 43.

Suche für mein Kolonial- und Delikatessengeschäft zum 1. April d. Js einen Lehrling.
Off. n. O 98 an die Exped. d. Bl.

Gesucht eine Frau, welche 2 kleine Mädchen einige Wochentage in Pflege nimmt.
Klosterstraße 15.

Zu kaufen gesucht ein Haus vor'm Goldenthor, ev. mit Gärten.
Angeb. n. B 71 an die Exped. d. Bl.

Eine gut erhaltene Badewanne zu kaufen gesucht.
Off. n. G 56 an die Exped. d. Bl.

Zu verk. ein gut erh. Kinderwagen mit Gummiräder.
Steinackerweg 32, II

Eine antreibende Nähmaschine umstände halber billig zu verkaufen.
Schwarzenb. Allee 92, I.

Ein großer Kinderwagen und ein Paar Sportwagen zu verkaufen.
Grasgrabenstraße 14 a.

Damen- und Kinder-Garderobe wird angekauft.
Langer Sobberg 27, I.

Grabkränze von 50 Mt. an werden gebunden.
Caroline Lätgens, Dorststraße 15

Bruch-Kaffee
reinigende, per Pfund 60 Pfg.
Carl Herzig, 37 Argidienstr. 37.

Brot
aus garantiert nur besten
Zuthaten
aufs sauberste zubereitet
und enorm billig
kauft man in den
Verkaufsstellen
der
Dampfbäderei
„Hansa“
Lübeck.

Zur Konfirmation
empfehlen
unsere prachtvollen Gratulations-Karten
in großer Auswahl und zu verschiedenen Preisen.
Neueste Lübeckische Gesangbücher
in verschiedenen Preislagen.
Unsere Kolporteurs nehmen ebenfalls Bestellungen an.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Auf Abzahlung
Mobilien, Spiegel, Polsterwaren
bei Anzahlung nach Uebereinkunft.
23 Mariesgrube 23.

Alle Sorten
Weine und Spirituosen
auch im Klein-Verkauf und Anschlag
empfiehlt
J. Höppler, Beiderstraße 66.
Es verkaufen: 2 Gefäße, Kupfer, 2 Hühner
led vel Kommode, 1 alte Kommode, alter
Küchenschrank und ein Sommerhang für eine
Frau, 2 Stühle gelblich, billig
Ebenholzstraße 13, part.

Die Nord-Wacht.
Dreimal wöchentlich erscheinendes politisches Organ
für das werthvolle Volk Nordwestdeutschlands.
Preis monatl. 50 Pfg., viertelj. 1,50 Mt.
Redaktion u. Exped.: Bant, Neue Wiltsh. Str. 82.
— Postzeitungsliste Nr. 5820. —
Zur Agitation auf dem Lande
ganz besonders geeignet. * *
Probennummern stehen zur Verfügung

Grosse Auktion
am Donnerstag den 26. März, Morgens
10 Uhr und Nachmittags 2¹/₂ Uhr an-
fangend, soll
Hüxstraße 14
wegen Aufgabe des Geschäftes der Firma Busse
gegen Baarzahlung verkauft werden:
Wolle, Strümpfe, Unterröde, Normalwäsche,
Schlafbeden, geist. Schuhe und Pantoffeln
und div.
Daf. d. Reole mit Sächern und Labentisch,
Eosatisch.
Johann Mandt, Auktionator u. Taxator.

St. Lorenz-Brauerei
Jeden Dienstag und Freitag:
Eimerbier-Verkauf
von Nachmittags 4 Uhr an.
Verkaufsstellen:
Nebenhoftstraße 12.
Wischestraße 42.
Kramstraße 7.
Krähenstraße 14.

Klee-, Gras-, Gemüse-
und Blumen-Samen
Rasenrasen-Mischungen
empfehlen in feinstmöglicher Waare
Ludw. Hartwig
Obertrave 8.

Jeden Mittwoch von 5 Uhr Nachm.
und Donnerstag Morgen bis 8 Uhr
Eimerbier.
H. Bade, Hüxstr. 128.
Tilsiter Käse
hochfein im Geschmack
Pfd. 60 u. 80 Pfg.
empfiehlt
Fa. Storm, Königstraße 98.

Henke's
Bleich-Soda
Panorama
(Zentrale Berlin, Postfach)
Breitestrasse 53, I. Etag.
Diese Woche:
Wanderung an der malerischen
Mosel.

Verantwortlicher Redakteur für den grünen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Artikel „Lied und Kochgeschicht“, sowie der mit „St.“ gekennzeichneten Artikel und Verträge: Theodor Schwart.
Verantwortlicher Redakteur für die Artikel „Lied und Kochgeschicht“, sowie die mit „J. St.“ gekennzeichneten Artikel und Verträge: Theodor Schwart.
Red. u. Exped.: Friedr. Meyer & Co. — Steinbofenerstraße 18 a.

Kaiser-Adressen.

Es ist den eifrigen Krupp-Nettern nicht gelungen, die Wahrheit über den Fall Krupp zu erlösen. In ungezählten Tausenden von Exemplaren hat die bekannte Broschüre „Der Fall Krupp“ Aufklärung in die weitesten, auch bürgerlichen Kreise getragen. Schäumend vor Wuth sah es die trübselig-süchtige Krupp-Presse; sie odirte mit Verdächtigungen, Beschimpfungen und Verleumdungen größter Art, schredte vor den frechten Lügen nicht zurück, in dem Bestreben, den Kanonen-Heiligen des Kapitalismus gegen die Sozialdemokratie auszuspielen. Es war erfolglos! Beschämt und verlegen mußte, als selbst im Reichstage unter Verlesung der Geschäftsordnung das Tot-schweigegesetz vergeblich gegen die Wahrheit angekämpft wurde, diese Presse den Rückzug antreten und steht nun da wie ein begoffener Pudel.

Sicher ist, daß man im bevorstehenden Wahlkampf alle die inzwischen hundert Mal widerlegten Lügenmärchen über den Fall Krupp und insbesondere über die famosen Krupp'schen Wohlfahrts-Einrichtungen und über die Dankadressen an den Kaiser gegen uns auszusprechen versuchen wird. Leichtgläubige Menschen und die, die nie alle werden, wird man unter Zuhilfenahme dieses Schwindels zu bearbeiten versuchen, um die Sozialdemokratie in den Noth zu ziehen. Ist doch den Gegnern dazu noch nie ein Mittel zu gemein und zu erbärmlich gewesen!

Gerade rechtzeitig genug, um diesen Dunkelmännern im Wahlkampf das Handwerk legen zu können, ist soeben eine Broschüre erschienen, die alle die Märchen über die „freiwilligen“ Adressen der Krupp'schen Arbeiter und den famosen Wohlfahrts-Schwindel auf schlagendste widerlegt.

Der Verfasser stützt sich darin nur auf beweiskräftige Thatsachen, schildert die Art und Weise, wie Krupp'sche Arbeiter zum Unterschreiben der satfam bekannten Kaiser-Adressen gezwungen wurden, legt dar, welches Interesse die herrschenden Parteien an dem Veruschen und Entstellen der Wahrheit hatten und stellt alles dar, was zur Klärung in dieser Frage nötig war. Die Broschüre enthält nicht nur Mittheilung über alles auf die Affäre bezügliche, sondern auch die verschiedenen Zwangsadressen an den Kaiser im Wortlaut und eine genaue Schilderung der Art, wie dieselben zu Stande gekommen sind, die Maßregelung der beiden Arbeiter auf dem Magdeburger Grusonwerk, die gewaltigen Arbeiterproteste gegen den Gewissenszwang usw. Daneben erzählt die Art, wie das Unternehmern in terroristischer Weise die Arbeiter zwang, zu heucheln und gegen ihre Ueberzeugung zu handeln, eine scharfe, aber berechtigte Kritik.

Die Broschüre wird vervollständigt durch den auf Wunsch des Verlags angefügten Anhang über den Krupp'schen Wohlfahrts-Schwindel. Es sind darin die frechen und lügenhaften Rechtfertigungsversuche der Baasche und Genossen gebührend gebrandmarkt und gleichzeitig die Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten Burm, Mollenhuth, Albrecht usw. im Reichstage in ihren wesentlichsten Stellen zitiert.

Wie es mit dem Wohlfahrts-Schwindel der Firma bestellt ist, dafür liefert unterdessen die „Arbeiterzeitung“ in Dortmund einen neuen Beweis. Es handelt sich um die berühmte Pensionskasse. Der „Altenhof“ bei Essen ist bekanntlich das unternehmerseits gerühmteste Ideal unter den Krupp'schen „Wohlfahrts-Einrichtungen“. In dieser Kolonie erhalten wür-

*) Kaiser-Adressen! Nebst einem Anhang: Krupp'scher Wohlfahrts-Schwindel, ein Beitrag zum Fall Krupp. Von Robert Albert. Verlag von G. Birk u. Co., München. Preis 20 Pf. Die Broschüre kann auch durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer u. Co. bezogen werden.

Schlechter Teufel.

Kriminal-Novelle von Karl Ed. Klopfer.

6. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Wolle zwei Jahre sind über die einst solche Sensation erregende Betrugsgeschichte Hügel dahingegangen und haben die ganze Angelegenheit so ziemlich in den Schooß der Vergessenheit gesenkt. Die Firma J. M. Sandler u. Co. blühte mehr denn je und hatte ihren Ruf womöglich noch erhöht. Herr Sandler hatte vor etwa einem Jahre vor dem Städtchen draußen, wo die riesigen Hopfengärten an dem Saum des mächtigen Waldes stießen, eine kleine schmale Villa erbaut, wo er mit seiner Tochter die Sommermonate zubrachte. Der alte Herr lebte jetzt neu auf, in der Aussicht, nun endlich seinen längst gehegten Lieblingsplan, den Kompagnon als Schwiegersohn an sich zu fesseln, in kürzester Zeit verwirklichen zu können. Weller war es endlich gelungen, für seine hingebenden, zärtlichen Bewerbungen Gehör zu finden. Die Verlobung war bereits seit drei Monaten öffentlich proklamirt, und im ganzen Städtchen sprach man schon von der vorausichtlich herrlichen Hochzeitfeierlichkeit, die im Herbst unmittelbar nach der hohen Hopfernte, gleichsam als ebenbürtiges Saisonereigniß, stattfinden sollte.

Ja, Marie hatte endlich dem Andrängen des Verliebten und ihres Vaters nachgegeben und Weller ihre Hand versprochen.

Sie war in den zwei Jahren wirklich zu einer fast vollkommenen Schönheit herangereift. Die reizenden Züge ihres Gesichtes hatten sich zu einer gewissen Regelmäßigkeit ausgeprägt, ihre Gestalt war im Ganzen fertiger geworden. Aber in ihrem Gemüthe hatte sich eine eigenthümliche Wandlung vollzogen, die freilich Niemand so recht als eine solche erkennen konnte, weil sie sich derselben ja selbst kaum bewußt wurde. Die festen kompakteren Anschauungen, die

dige Pensionäre freie Wohnung. Ein harmloser Alter, welcher schon längere Zeit dort wohnte, hatte das Unglück, seine Lebensgefährtin zu verlieren, dagegen lächelte ihm Fortuna noch auf seine alten Tage zu, er bekam eine größere Erbschaft, welche der gute Alte vertrauensvoll bei der Firma Krupp auf Zinsen gab. Nachdem nun der Mann einige Zeit um seine Gattin getrauert hatte, wurde ihm von „wohlmeinender Seite“ nahegelegt, es noch ein zweites Mal in der Ehe zu versuchen. Auf das gütliche Zureden ging der gute Mann auch auf den Vorschlag ein und akzeptirte die in Bereitschaft gehaltene Braut, auch eine Pensionärin und Wittne, welche ebenfalls auf dem Altenhof wohnte. Kaum war die Sache perfekt, so wurde dem Alten die Wohnung gekündigt und der Braut die Pension entzogen. Das ist Krupp'sche Wohlfahrt!

Man wird es, so heißt es in der Broschüre, der Sozialdemokratie noch einmal Dank wissen, daß sie trotz des starken Schutzes, das den Heiligen in Essen umgab, gewagt hat, das blöde Lügengewebe über die „Wohltätigkeit“ des Kapitalismus zu zerreißen und gleichzeitig an dem Krupp'schen Beispiel die ganze Hohlheit und Heuchelei der „christlichen Nächstenliebe“ der Kapitalisten zu illustriren.

Und über den an den Arbeitern verübten Gewissenszwang sagt der Verfasser am Schlusse:

„Fürwahr, die Sozialdemokratie erfüllt eine edle Kulturtaufgabe, wenn sie wie gegen die Lohnsklaverei und die Unterdrückung auch gegen die Tyrannen des Gewissens, gegen die Schänder der Ueberzeugungsfreiheit und gegen die Vertheidiger eines gemeinen Gewissenszwanges kämpft! Indem sie auch an dem Fiasko des Huldigungsschwindels den Arbeitern die völlige Misere der bürgerlichen Gesellschaft illustriert, indem sie auch hieran den Arbeitern zeigt, daß solche unwürdigen Zustände nur mit dem Siege der Sozialdemokratie verschwinden können, erzieht sie das Volk im Sinne Heinrich Heines: „Von stämmelnden Heuchlern ist kein Heil zu erwarten und durch Eßelsmilch wird unsere schwache Zeit auch nicht erstarken!“

Soziales und Partelleben.

Streik und Lohnbewegungen. Die Verhandlungen der Lohnkommission des Verbandes der Hafenarbeiter mit den Rhebern in Danzig über einen neuen Tarif sind gescheitert. Der seit 2 Jahren in Kraft gewesene Tarif wird also am 1. April ablaufen, falls bis dahin nicht doch noch eine Einigung erzielt wird. — In den Ausfland getreten sind die sämtlichen Arbeiter der Mississippi Deutschen Grass Wine Gesellschaft in Berlin. Die Firma fertigt in der Hauptsache Korbmöbel, und zwar Sessel und Stühle. Diese werden nicht wie sonst aus Holz oder Pechdrehwerk, sondern aus Prärie-Gras gearbeitet, das in Amerika hergerichtet ist. Die Vermittlung des Holzarbeiterverbandes lehnte die Firma ab. Der Versuch, auswärtige Meister für sich zu gewinnen, mißglückte, da diese die Arbeit zurückwandten. — Der Streik der Land-schaftsgärtnergehilfen Groß-Berlins ist zur Thatsache geworden. Etwa 500 Gehilfen, gleich 97 Proz. aller in der Landschafts-Brande beischäftigten Personen, haben die Arbeit eingestellt. Von den Streikenden sind 450 im Allgemeinen Deutschen Gärtner-Verein organisiert. Die Arbeitgeber, etwa 120 meist kleinere Firmen haben am Freitag in einer Versammlung eine Verhandlung mit den Gehilfen vor dem Einigungsamt abgelehnt. Die Gehilfen fordern einen Stundenlohn von 50 Pfg. Da die Landschaftsgärtnergehilfen im Jahre durchschnittlich nur etwa 7-8 Monate im Beruf arbeiten können, so beträgt das Jahreseinkommen eines Landschaftsgärtnergehilfen bei dem jetzigen Stundenlohn von 40 Pfg. etwa 700-800 Mark. — Die Zelte- und Segeltuch-Arbeiter der sog. „wasserdichten“ Branche in Berlin haben Sonnabend vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts über ihre Lohnforderungen mit den Arbeitgebern verhandelt. Nach fünfständiger Verhandlung

kam ein für die Arbeiter günstiger Vergleich zu Stande, der bis zum 1. April 1906 Gültigkeit haben soll. Die Arbeitgeber nahmen den Vertrag sofort als für sie bindend an, während der Vertreter der Arbeiter erst die Zustimmung seiner Gewerkschaft einholen will. — Der Streik der Schneider in Jena ist zu Gunsten der Ausständigen beendet. — Die Lohn-differenzen in der Pianofabrik von Eduard Hilgers in Aachen sind geschlichtet. Die Firma zahlt die alten Akkordsätze weiter; die Arbeiter nahmen die Kündigung zurück.

Einem neuen Wahlmodus für die Delegirtenwahl zur diesjährigen Generalversammlung hat der Deutsche Metallarbeiter-Verband eingeführt. Dieser war es in den meisten Verbänden üblich, die Delegirtenwahlen in den Mitglieder-Verbänden im Anschluß an die Berathung der Anträge zum Verbandstag stattfinden zu lassen, so daß gewöhnlich nur die Stellung des Kandidaten zu den wichtigen Fragen entscheidend war. In diesem Jahre findet im Metallarbeiter-Verband die Wahl in der Form einer Reichstagswahl statt. Wahltag ist Sonntag, 29. März, an dem in sämtlichen Verbandsstellen Deutschlands gleichzeitig die Stimmabgabe vor sich gehen soll. Als Wahlzeit sind die Stunden von 10 Uhr Vormittags bis 4 Uhr Nachmittags festgesetzt; den Wahlgang regelt ein besonderes ausführliches Wahlreglement.

Die geführte Existenz der Arbeiter. In der Hand-schuhfabrik von Thomas in Haynau sind siebenzig Mann — angeblich wegen Arbeitsmangels entlassen. Dann aber wurde den übriggebliebenen Arbeitern mitgetheilt, daß vom 1. April dieses Jahres ab eine Lohnreduktion von 12 Prozent eintreten soll. Das war also der Grund für den plötzlichen Arbeitsmangel!

Die Fortbildungsschule im Dienste der Unternehmer. Der Stadtschulrath Platen in Magdeburg hat ein Gesuch der Tapeziererinnung, die Beurlaubung für die Zeit des Tapeziererstreiks vom Besuche der Fortbildungsschule zu beurlauben, genehmigt. Als sich die Gehilfen beschwerten, meinte der Herr Stadtschulrath naiv, daß es eine Parteinahme für die Gehilfen sein würde, wenn er der Beurlaubung statt geben wollte!

Eine sozialdemokratische Versammlung in Trier. die von 600 Personen besucht war und in welcher Genosse Dr. Erdmann Köln sprach, verfiel aus wichtigen Gründen der polizeilichen Auflösung.

Streikbrecher nach Kanada werden zur Zeit in allen Theilen Deutschlands von geschäftigen Agenten gesucht. Es handelt sich um Maschinenarbeiter und Mobeltischler. In Kingston Ontario-Kanada herrscht seit sechs Monaten bei der Lokomotiv-Company ein Streik. Die Ausständigen warnen alle Arbeiter, sich von den Agenten nicht verlocken zu lassen, und sie rufen das Solidaritätsgefühl an, damit der unter ungeheuren Opfern geführte Streik nicht durch deutsche Arbeiter verloren gehe. Ueberdies würden Streikbrecher in die denkbar schlechteste Lage gerathen.

Anträge zum zweiten Bauarbeiter-Schutzkongress der am Sonntag, 29. März zu zweitägigen Verhandlungen in Berlin zusammentritt, sind bereits aus allen Theilen Deutschlands eingelaufen. So wünscht Altona die Einführung eines einheitlichen Reichsbauarbeiter-Schutzgesetzes und die Anstellung von Baukontrolloren, die praktische Erfahrung besitzen; diese sollen von den baugewerblichen Arbeitern gewählt und vom Staat resp. der Kommune bezahlt werden. Aus Chemnitz wird beantragt, die bereits auf dem ersten Bauarbeiter-Schutzkongress 1899 gegen den Bau-schwindel und das Submissionswesen gefaßten Resolutionen vollinhaltlich erneut anzunehmen. Flensburg wünscht, der Kongress möge auf die Gesetzgebung einwirken, daß bei Vergebung von Arbeiten für Staat und Kommune den Unternehmern zur Pflicht gemacht wird, die am Orte üblichen Lohnsätze zu zahlen und Ortsansässige zuerst zu berücksichtigen. Wichtigster scheint der Antrag Schwerin zu sein, der verlangt, die Zentralkommission solle ein Handbuch herausgeben, wonach

sie sich, der Leitung des mütterlichen Geistes entbehrend, in der mehr auf das Praktische hieseligen Erziehung des Waters angeeignet hatte, hatten sich mit der Zeit bedeutend verschärft und zu einer gewissen starren Ruhe erhärtet. In ihrem Wesen war nichts, das an die Leidenschaft eines neunzehnjährigen Mädchens erinnert hätte; wenn sie überhaupt noch außergewöhnlicher Regungen fähig war, so mußten sich dieselben mehr nach innen richten, denn sie blieb sich immer gleich: das schöne, liebliche Mädchen im Schmuck ihrer Jahre und der reizenden Attribute, mit denen sie die Natur äußerlich so gnädig beschenkt hatte. Aber es lag etwas von den Jüngen der aus Stein gemauerten Dianenbilder in ihrem Gesichte, eine Kälte im Glanz ihrer Schönheit, für die der Volksmund die naive, aber zutreffende Bezeichnung erfand: „es ist — ein Madonnenbild ohne Gnade“, nämlich ohne die segensbringende Wirkung, die das fromme Gemüth gleichsam dem Anblicke des Madonnenantlitzes zuschreibt.

Vielleicht hatte diese Gemüthsrichtung dazu beigetragen, daß Marie an Weller mehr Gefallen fand, vielleicht hatte sie in seinem starren, ehernen Charakter, der sich auch in der zähen Art seiner konsequenten Liebesbewerbungen ausdrückte, etwas Verwandtes gefunden, das ihr Garantien für ein gegenseitiges Verständniß bot.

Nun, wenn dem auch so war, eine zärtliche Brant vermochte sie Ferdinand nicht zu sein, während er gerade in ihrer reservirten Haltung, in ihrer kühlen Duldung einen reizenden Sporn zu seiner Leidenschaft für sie fand. Er liebte sie mit der ganzen Vollkraft seiner schweren, zähen Natur, die gerade durch das angezogen wurde, was vielleicht ein ferugeres Gemüth an Marie als ein Abstoßendes empfunden hätte. Charaktere, wie Wellers, finden eben eine grausame Lust darin, auf Widerstand zu stoßen und diesen durch unausgesetztes Nütern aus den Angeln zu heben. Simbernisse bedeuten für solche rücksichtslose Naturen nur Reizmittel.

Das Gespräch zwischen den Brautleuten bewegte sich durchaus zwischen gleichgiltigen, meist geschäftlichen Gegenständen, wenn sie nicht direkt bezüglich ihres künftigen Haushaltes eine Unterredung zu führen hatten. Sie hörte ihn meist geduldig an und begnügte sich mit einem beifälligen Kopfnicken oder einigen fargen Sätzen der Zustimmung, aber wenn sie mehr sprach — dann war es ein Widerspruch, eine sachgemäße, kühle aber dadurch um so hartnäckigere Opposition, die ihn indessen höchstens zu einem Lächeln reizte, als wisse er, daß es ihm schließlich doch gelingen müsse, die Oberhand zu behalten. Dann konnte er ihr oft mit den Fingern auf die Wangen klopfen und ihr die lachende Bemerkung ins Ohr flüstern:

„Geh, Du Narrchen, Du widerstrebst ja nur, weil Du weißt, wie hübsch Dich der Widerspruch kleidet, und daß ich Dich gerade in Deinem Eigensinn doppelt entzückt finde!“

Dann bligte wohl ihr Auge kühn auf, was ihr allerdings einen erhöhten Reiz verlieh, sie schüttelte seine losenden Hand mit einer stolzen, trägigen Bewegung ihres Kopfes ab und sagte mit verächtlichem Lächeln:

„Reinst Du wirklich, ich thäte Dir diesen Gefallen Meinethalben mache, was Du willst — es ist mir ganz gleichgiltig!“

„Stehst Du,“ lachte er darauf zur Erwiderung, „Du bist schon besiegt. Dem Widerspruch ist tödtete sich selber wie es die Fabel vom Salamander im Feuer erzählt. Aus Widerspruch — gibst Du den Widerspruch auf. — Sie liebst Du mich auch gerade nie mehr als in den Momenten, in denen Du erklärst, mich verabscheuenswürdig zu finden.“

„Ei! — Was würdest Du also denken, wenn ich Dich die zärtlichsten Kosennamen zuschwächen wollte, Du eitle Tropf?“

„Denn wäre ich gewiß — ich hätte in diesem Fall-

die Lokalkommissionen arbeiten können, die besonders verpflichtet sein sollen, halbjährlich Bericht über die vorgekommenen Mängel im Bauwesen und über die Frage zu erstatten, inwieweit die Unternehmer die vorhandenen Unfallverhütungsvorschriften beachten. Ein Antrag Breslau wünscht die Herausgabe eines monatlich erscheinenden „Korrespondenzblattes für Bauarbeiterchutz“.

Aus Nah und Fern.

Ein Kampf, den seit beinahe zwei Jahren eine Wittwe in Wüsterdörfer (Schlesien) gegen die kirchlichen Behörden führt, um für ihren an der Mauer beigelegten Mann nachträglich ein ehrliches Begräbniß durchzusetzen, hat, dem „Boten a. d. Riesengebirge“ zufolge, mit einem tief bedauerlichen Siege der Orthodoxye geendet. Den Verlauf der Angelegenheit schildert das Amtsgericht Schmiedeberg in der Begründung eines Urtheils vom 28. August 1901 wie folgt: Der Gastwirth Gottwald in Wüsterdörfer veranstaltete am Sonntag Juda des Jahres 1900 eine Tanzmusik. Der Pastor Kollmitz nahm daran Aergerniß, obwohl die polizeiliche Genehmigung erteilt war, und deshalb machte er kurze Zeit darauf dem Gottwald am Altar in der Kirche ernste Vorwürfe. Dies nahm Gottwald sich sehr zu Herzen und wurde, da er an eine feindliche Gesinnung des Pastors glaubte, niedergeschlagen und traurig gestimmt. Eines Tages im Winter wurde er neben einem über den Dorfbach führenden Steg im seichten Wasser todt aufgefunden und es wurde gemunkelt, er habe sich das Leben genommen. Die Verlichtung und die Leiche wurden auch polizeilich besichtigt. Dabei ergab sich, wie der Amtsvorsteher Geißler in der Hauptverhandlung bezeugt hat, daß ebensowohl ein Selbstmord wie ein Unglücksfall vorliegen konnte; sicher ließ sich das nicht feststellen. Der damals hinzugerufene Arzt Dr. med. Kühnert aus Haselbach ist, wie er bekundet hat, sogar zu der Ueberszeugung gelangt, daß ein Unfall wahrscheinlicher sei als ein Selbstmord. Trotzdem hielten der Gemeindefkirchenrath und der Geistliche einen Selbstmord für erwiesen. Demgemäß wurden dem toten Gottwald die kirchlichen Ehren verweigert. Der Pastor Kollmitz sprach im Trauerhause einige Worte ohne Ornat. Dann verließ er das Trauerhaus mit der Anweisung, daß der Sarg erst eine Viertelstunde später folgen dürfe, damit der Ansehen geistlichen Geleites vermieden würde. Als nach dem Begräbniß die Wittwe die Grabstätte kaufen und mit einem Denkmal schmücken wollte, erhielt sie den Bescheid, daß für ihren Mann kein Denkmal gesetzt werden dürfe. Nunmehr begann für die bis ins Innerste verletzte Frau ein erpöster Kampf. Sie setzte alles daran, um den ehrlichen Namen ihres verstorbenen Mannes und Vaters ihrer Kinder wieder herzustellen und ihm nachträglich ein ehrliches Begräbniß zu verschaffen. Alle Bemühungen waren jedoch vergeblich, obgleich auch der Kreisphysikus bescheinigte, daß Selbstmord unwahrscheinlich und jedenfalls nur im Zustande der Unzurechnungsfähigkeit begangen sein könne. Gemeindefkirchenrath, Superintendentur, Konsistorium und Oberkirchenrath wiesen die Frau mit ihrem Antrage ab. Jetzt hat der Gerichtshof für Kompetenzkonflikte auch den Rechtsweg, den die Frau beschritten hatte, für unzulässig erklärt: der Mann bleibt als „Ehrloser“ abseits beerdigt. Die orthodoxye Unabgeschlossenheit muß nicht minder Erbitterung erregen als der Umstand, daß gegen sie auch nicht einmal mit den Waffen des Rechtes und Gesetzes anzukämpfen ist!

Grenliche Reklame. In einem Schaufenster in Berlin war, der „Tägl. Rundschau“ zufolge, jüngst eine Hühnerbraterei ausgestellt. Durch eine Glascheibe konnte man in das Innere der „Anstalt“ blicken. Dort lag reihenweise eine ganze Anzahl Hühner. Das gesungte aber offenbar noch nicht um den fünfjährigen Zweck dieses Kastens zu erläutern. So hatte man denn ein junges Kästchen hineingelegt, das fortwährend an der Glascheibe hin und her lief, mit dem kleinen Schnabel dagegen picte und gern heranzog. Immer wieder wurden die Angriffe gegen das unsichtbare Hinderniß wiederholt. Da wurde das zarte, kaum zwei Tage alte Hühnchen matt und matter, ließ den Kopf hängen, fiel um und war todt. Bald darauf fuhr eine Hand in den Kasten, holte den kleinen Leichnam heraus, und setzte ein neues Kästchen hinein, das nun den Lideckampf gegen die Glascheibe begann, zum großen Schaden der Braterei.

Schändliche Streiche hat der 14jährige Kaufmannslehrling Alfred Fuchs verübt, welcher am Freitag vor der ersten Strafkammer des Berliner Landgerichts I stand. Der Angeklagte ist der Sohn einer Wittwe und sollte Kaufmann werden. Im Sommer vorigen Jahres war der Steuerassistent K. Himmach der Frau Fuchs ge-

wesen und hatte Veranlassung gehabt, sich wiederholt bei ihr über ihren Sohn zu beschweren. Hierfür übte der Angeklagte Rache. Er ließ sich einen Gummiempel mit dem Namen „Dr. Lang“ anfertigen, mit dem er eine Menge Postkarten und Briefe unterzeichnete, nachdem er sie mit dem unsäglichsten Text versehen hatte. Alle diese Schriftstücke landte er dem Steuerassistenten K., welcher zuletzt in einen nervösen Zustand gerieth. Aber es sollte noch schlimmer kommen. Eines Tages erhielt Herr K. eine Klage wegen einer Schuld von 14 Mk. 50 Pf., die Dr. Lang von ihm beanspruchte. Der Kläger war natürlich nicht zu ermitteln. An einem Mattage erschien ein Sanitätswagen vor der K.'schen Wohnung und vier handfeste Leute melreten sich bei Herrn K. Sie legten einen Bericht des Dr. Lang vor, den dieser an das Institut gerichtet hatte und worin dieses beauftragt wurde, einen gefährlichen Geisteskranken von der K.'schen Wohnung nach der Irrenanstalt zu bringen. Dieses wiederholte sich mehrere Male. Eine Abwechslung erfuhren die Chikanen dadurch, daß mehrfach auch ein elegantes Fuhrwerk vor der K.'schen Wohnung erschien, um angeblich zu einer Spazierfahrt nach dem Grunewald zu dienen. Stets hatte der gehirnvolle Dr. Lang die Bestellung im Namen des Herrn K. gemacht. Dann erschien einmal eine aus fünf Mann bestehende Kapelle des Morgens in der Frühe auf dem Vorplatz der K.'schen Wohnung. Erklärt wurden die Insassen aus ihren Betten empor; unter Anwendung ihrer ganzen Lungenkraft versicherten die fünf Männer auf ihren Blasinstrumenten, daß es „der Tag des Herrn“ sei. Sie zeigten einen Brief vor, worin Dr. Lang im Namen des Herrn K. die Musiker bestellte. Frau K. habe Geburtstag und solle durch ein Ständchen erheitert werden. „Für gute Speisen und Getränke ist gesorgt“, hatte der Besteller freundlich hinzugesagt. Den Gipfel der Gemeinheit erreichte aber der unsichtbare Feind, als er am 19. August v. J. einen Leichenwagen 1. Klasse und zwei Begleitwagen für die Beidtragenden nach der K.'schen Wohnung schickte. Der gepeinigste Mann und seine Familie traten schwer unter diesen Schandtreiben. K. mußte manches Geldopfer bringen, um die bestellten Leute zufrieden zu stellen. Er hatte längst die Polizei in Anspruch genommen, aber vergebens. Schließlich verrieth der Angeklagte sich selbst durch unvorsichtiges Plaudern gegenüber einem Altersgenossen. Die Sache beschäftigte schon einmal das Gericht, welches damals beschloß, den Angeklagten auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Das Ergebnis der Untersuchung hat den Verdacht bestätigt, denn Professor Dr. Bopp begutachtete am Freitag, daß der erblich belastete Angeklagte für sein Thun nicht verantwortlich gemacht werden kann. Somit mußte der Angeklagte freigesprochen werden und die schändlichen Streiche, wodurch eine ganze Familie an den Rand der Verzweiflung gebracht wurde, blieben nun ohne gerichtliche Sühne.

Ein neues „Funkprüch-System“. Wir lesen in der „Allg. Ztg.“: Versuche mit einem neuen, von dem Kapitän Rühmer erfundenen System drahtloser Telegraphie haben bei Berlin in Gegenwart zahlreicher Vertreter des Reichsmarineamts und der Torpedo-Versuchsabtheilung stattgefunden. Das neue System macht angeblich das Abhängen drahtloser Telegramme durch Dritte unmöglich. Es geschieht das durch paraboli sche Spiegel. Nur die in der Strahlenrichtung dieser Spiegel gelegenen Stationen können die unsichtbaren Zeichen aufnehmen. Die Versuche sollen gut gelungen sein.

Die Schwindelkassette „Union“ in Hannover hielt am 16. März dort ihre Generalversammlung ab, an der 26 Mitglieder theilnahmen. Wie der „Volkswille“ mittheilt, beschloß die Generalversammlung, die Kasse am 1. Juli aufzulösen. Die Kasse hat 85000 Mk. Schulden. Bei einer Forderung auf 2000 Mk. ausgelegte Forderung fand der Gerichtsvollzieher in Kasse und Reservofonds einen einzigen haren, echt kupfernen Reichspfennig. Um das Publikum über die Zahl der Mitglieder zu täuschen, begannen die Mitgliedbücher mit der Nr. 20000. Die Macher werden verantwortlich ein neues Schwindelunternehmen ins Werk setzen. Man hüte sich davor.

Vom Gefängniß in's Frankenhäus. Infolge starken Morbhumgenusses, dem er seit langer Zeit gehuldigt hat, mußte der in Brandenburg a. S. wegen Unterschlagung von Kassengeldern in Höhe von 8250 Mk. verhaftete Sekretär der Handwerkskammer zu Halle a. S. Dr. Mühlpsfordt aus dem Untersuchungsgefängniß dem Krankenhaus zugeführt werden. Erst wenn er genesen sein wird, soll er nach Halle gebracht werden.

Der unschuldige Unteroffizier. Vor einigen Wochen berichteten wir über die Verhaftung des Unteroffiziers

Degen vom 14. Husaren-Regiment in P a s s e l, der beschuldigt war, wider seine Braut einen Mordversuch begangen zu haben. Er sollte sie am Spätabend von der Höhe des Rondels vor dem Justizpalast abschießen in den Luftstrom gestürzt haben, aus dem sie gerettet wurde. Da der Verdacht hauptsächlich auf den Aussagen des Mädchens selbst basirte, diese aber später sich widersprach, erfolgte dieser Tage die Freilassung Degen's, der wohl bald die übliche Einstellung des Verfahrens folgen dürfte.

Eine Enttäuschung. Ein junger Wittwer in Wiesbaden wollte seinem verwaisen Haushalte wieder eine Vorsteherin und sich eine Gattin verschaffen. Da es ihm an Damenbekanntschaft mangelte, benützte er den nicht mehr ungewöhnlichen Weg des Interierens. Von den eingelaufenen Offerten wählte er die einer Dame, welche sich als „sehr hübsch und in den besten Jahren stehend“ empfahl. Ein Stellbichlein unter Bezeichnung gewisser Kennzeichen wurde vereinbart. Es erschien der angehende Bräutigam an bestimmter Stelle, verschwand aber sofort wieder, denn die ihn Erwartende war seine noch sehr „rüftige“ — Schwiegermutter.

Defraudationen und kein Ende. Wegen Unterschlagung von Postanweisungen ist der Postassistent Klaus in Ehrstburg (Kreis Stuhm) verhaftet worden. — Der langjährige Kassirer der Mainzer Volksbank, Herrmann, hat 25 000 Mk. unterschlagen. — Einen großen Fehlbetrag stellten am Freitag zwei Oberbeamte aus Köln in der Kasse des Hauptsteueramts in Düsseldorf fest. Der Obersekretär hat Selbstmord begangen. — In Caen (Frankreich) verhaftete die Polizei einen Beamten der Staatssassen von Dijon, der Veruntreuungen im Betrage von 200 000 Mark begangen hatte.

Glück muß der Mensch haben. Ein Fabrikant aus Heidelberg, der sich in Zahlungsschwierigkeiten befand und am Montag v. B. seinen Konkurs ansagen wollte, spielte in der heftigen Staatslotterie. An dem kritischen Montag erhielt er die telegraphische Nachricht, sein Loos sei mit 200 000 Mk. Gewinn gezogen worden. Da das Loos aber erst in einigen Wochen ausbezahlt wird, reiste der Mann nach Ludwigshafen, um es bei der Pfälz. Bank zu diskontiren. Nach Abzug der Staatsgebühren von 32 000 Mk. und des Bankdiskonts erhielt der glückliche Gewinner noch 164 000 Mark baar ausbezahlt, mit denen er seine Gläubiger befriedigte.

Wie Chinesen zu sterben verstehen. Aus London wird berichtet: Die China-Zulandmission hat dem „Daily Graphic“ eine Photographie des früheren Gouverneurs von Schansi, Yu Hien, übersandt, zugleich mit einem Bericht über dessen nunmehr thatsächlich (wegen der an Missionaren und Christlichen Chinesen verübten Massenmorde) vollendeten Hinrichtung. Der Bericht ist besonders interessant, weil er an zwei Beispielen zeigt, mit welchem Gleichmuth Chinesen in den Tod gehen. Yu Hien, dessen Tod von den Fremden verlangt war, war statt dessen in die Verbannung geschickt worden. In seiner Stelle übernahm der stellvertretende Gouverneur Li Hu uen die Verwaltung der Provinz Schansi. Da gerade das chinesische Neujahrsfest gefeiert wurde, lud er seinen früheren Vorgesetzten ein, dieses hohe Fest bei ihm zu verleben und später die Reise fortzusetzen. Der frühere Gouverneur nahm die Einladung an. Am ersten Neujahrstage lief nun aber bei dem Gouverneur Li der strikte Befehl aus Peking ein, den früheren Gouverneur Yu sofort hinzurichten. Da Yi auf diese Weise seinen Gast und Freund während des Festes hätte tödten müssen, gerieth er in große Erregung, der er dadurch ein Ende machte, daß er, ohne seinem Freunde etwas zu sagen, sich selbst das Leben nahm. Als Yu Hien die Todesurkunde erhielt, erklärte er der Bevölkerung, die für sein Leben zu bitten willens war, daß er fest entschlossen sei, sich hinrichten zu lassen. Er müsse seinem Freunde in den Tod folgen und habe sich außerdem des Todes schon dadurch schuldig gemacht, daß er durch wiederholten Ungehorsam gegen die Befehle aus Peking die Regierung in große Gefahr gebracht habe. Da er von Rettung nichts wissen wollte, versammelten sich am vierten Tage des Neujahrsfestes die Richter, der Oberst der Garnison, sowie viele Beamte, und der ehemalige Gouverneur wurde auf einen freien Platz geführt. Hier hatte man einen schönen Teppich ausgebreitet. Auf diesem lag ein Pelz und Yu Hien wurde aufgefordert, sich auf den Pelz zu setzen. Als er dies gethan hatte, trat der Henker an ihn heran und schnitt ihm den Hals durch.

Weiteres. Ein Grobian. Tochter: „Gefällt Dir das Lied nun besser, nachdem unser Klavier gestimmt worden ist?“ Vater: O ja . . . jetzt müßtest Du noch gestimmt werden!“ —

einen Nebenbuhler, der mit Dein widerspruchsvolles Herzchen abhänzig gemacht hat,“ lachte er wieder.

„So, und was würdest Du da thun?“

„Ich einfach bei Seite räumen — und sollte es um Blut und Seligkeit gehen,“ war sodann die erste, aber durchaus gelassene Antwort.

Und da konnte Marie erst wieder lachen — vielleicht abermals nur aus Widerspruchsgeist?

Drei Wochen vor der Hochzeit die die Ehe der Firma F. M. Sendler u. Co. noch zeter aneinander knüpfen sollte, kam um die Dämmerstunde ein einziger Wanderer die sandige Uaastie daher, die von der benachbarten Kreisstadt zu dem Städtchen führte, in welchem unsere kleine Geschichte ihren Schauplatz hat.

Der Wanderer, ein junger Mann, der die dreißig noch nicht erreicht haben konnte, glück auf den ersten Anblick, mit seinem Koffer auf dem Rücken, dem beiden Kanten des in der Hand einen der reichsten Handelsreisenden, wie sie als leicht bekannte Figuren die deutschen Gassen durchziehen. Bei näherer Betrachtung aber zeigte sich in seinem Ansehen gar manches, das wirklich von dem Erreichten eines Handelsreisenden abwich. Das von einem schmalen Strohhute beschattete Gesicht trug nicht das glatte Braun, das blond und Sonne sonst auf eine solche Haut zirkeln, sondern eine kratzige Blässe, die an den Schlägen jedes Aderchen durchschimmern ließ. Die Hände waren weiß und zart wie die eines Mädchens. Auch die Kleidung obwohl sie nichts weniger als elegant war, hatte keineswegs das Ansehen wie die eines solchen fahrenden Schellen.

Und erst das Antlitz, der seltsame Zug, der in diesem Gesichte lag! Die Lippen, über denen ein dunkelbrauner, augenfeindlich vor kurzem noch abroffter Schnurrbart sproßte, waren so eigenthümlich scharf aufeinander gelegt, als hätten sie sich daran gewöhnt, der von der warmen Herzensregung inspirierten Zunge ein Vorlegethloß zu sein. Die Augen blickten matt und suchten mit Vorliebe den Boden, wie es die Augen eines Menschen thun, der Demuth erlernen mußte. Die kurzgeschneittenen kastanienbraunen Haare zeigten oberhalb des Ohrrandes einige graue Flecken — vielleicht vom Straßenstaube? . . .

Als der ersichtlich schon ziemlich müde Fremde am lehen Meilenstein, der außerhalb der Stadt stand, angelangt war, machte er Halt und hielt daselbst Rast. Er hätte freilich nur noch wenige hundert Schritte nach dem Ziele, das doch das Städtchen sein mußte, gehabt, aber er schien seine Ankunft absichtlich verzögern zu wollen. Er nahm den Hut ab und ließ den leichten Besäße des Abends über seinen erhitzten Kopf streichen, schlug mit dem Taschentuche den Staub von Kleidern und Stiefeln und drehte sich so, daß er die stehende Sonne im Rücken, das Weichbild des Städtchens vor sich im Gesichtskreise hatte. Er stützte das Kinn in die Hand, den Ellenbogen auf's Knie und starrte die Häusergruppe an, die sich in regelloser Gestalt vor seinem gedankenvollen Blick ausbreitete. Während er so den Eintritt der völligen Dämmerung erwartete, durchkreuzten vielfache Reflexionen sein Gehirn, aber — nach seiner Weise zu schließen — konnten dieselben keineswegs angenehmer Natur sein.

Er konnte die kleine Stadt da vor ihm sehr; er liebte sie nicht, sondern haßte sie vielmehr, obwohl er meilenweit

ohne Rast gewandert war, um sie heute noch — je eher, je lieber — zu erreichen; und jetzt zögerte er gleichsam an der Schwelle, als schäme er sich, bei Tageslicht seinen Fuß hineinzusetzen.

Es war nicht seine Vaterstadt, aber er hatte die bedeutungsvollste Epoche seines bisherigen Lebens darin erfahren; ja, er haßte diese Stadt, so glühend, wie man nur einen Todfeind haßen kann, und doch bargen ihre Mauern für ihn das Liebste, dem noch sein Herz entgegenzuschlug, ein Wesen, das wiederzusehen er auch einen zehnmal so langen Weg, als er ihn zurückgelegt, nicht gescheut haben würde — und wenn ihn derselbe auch durch die Hölle geführt hätte.

Mit einem Wort — wir können die widersprechenden Gefühle im Gemüthe dieses jungen, sorgenbeladenen Wanderers mit einem Male aufklären, sowie das ganze geheimnißvolle Dunkel, das seine Person umschwebt, wenn wir den Namen — Leopold Hügel nennen.

Ja, Hügel war es, der ehemalige Buchhalter von F. M. Sendler u. Co., der da auf dem staubigen Meilensteine sah und die letzten Jahre seines Lebens in Gedanken an sich vorüber ziehen ließ.

Man hatte ihn seiner musterhaften Aufführung im Strafhanse wegen begnadigt und ihm ein Drittel seiner Sühne geschenkt, so daß er ein ganzes Jahr früher, als zu hoffen gewesen war, den Weg nach dem Wohnorte der theuren Mutter aufsuchen durfte. Oh, wie freute er sich auf dieses Wiedersehen! wie hatte er die Monate, Wochen und schließlich die Tage und Stunden gezählt, die ihn noch von diesem Wiedersehen trennten — und jetzt war endlich der ersehnte Augenblick gekommen.

(Fortsetzung folgt).